:antifaschistische nachrichten Nr. 13

g 3336 1.7.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Der blamable Auftritt der französischen „Bleus“ bei der WM in Südafrika führt zu heftigen politischen Reaktionen und ideologischen Debatten. U.a. die extreme Rechte reibt sich die Hände: In ihren Augen ist das Scheitern der Nationalmannschaft nur das Spiegelbild einer Dekadenz der angeblichen Multikulti-Republik. Sekundiert wird ihr von (neo-)reaktionären Intellektuellen wie Alain Finkielkraut.

Niederlage auf dem Fußballfeld als willkommenes Fanal gegen die „Dekadenz“ der Nation

Die ‚Bleus‘, die französische Fußball-Nationalmannschaft, haben dieses Jahr ein äußerst schlechtes Bild dargeboten und nicht nur in sportlicher Hinsicht. Sie war ihren Gegnern sichtlich nicht gewachsen, u.a. mangels kollektiven Mannschaftsspiels, weil die einzelnen „Stars“ nicht wirklich zusammenpassten und ein offenkundig zu geringes Teamspiel entwickelten –

Auswahltrainer Raymond Domenech soll das WM-Team teilweise nach Sternzeichen zusammengesetzt haben. Zudem zeigten die Spieler sich arrogant und prasssüchtig.

Den Höhe- respektive Tiefpunkt bildete dann zunächst die Antwort des – zuvor als arroganter Steuerflüchtling bekannt gewordenen – Spielers Nicolas Anelka auf Vorhaltungen des Auswahltrainers Raymond Domenech: „Geh’ und lass Dich in den A*** f***en, Du dreckiger H***sohn!“ (Historisches Zitat, erstmals veröffentlicht auf der Titelseite der Sportzeitung ‚L’Equipe’ vom 19. Juni, siehe Bild) Anelka wurde deswegen dringlich dazu aufgefordert, die Koffer zu packen, Südafrika und die WM zu verlassen. Doch daraufhin trat die übrige Mannschaft am Sonntag, 20. Juni – vor ihrem Schicksalsspiel gegen Südafrika, bei dem sie schlussendlich aus der WM ausschied – in einen Trainingsstreik, „aus Solidarität mit Anelka“. Dabei wäre es in dem Bus, aus dem mehrere Spieler sich auszusteigen weigerten, beinahe zu einer kollektiven Schlägerei zwischen dem trainings- und dem streikwilligen Teil gekommen. Anlässlich des, für die ‚Bleus‘ blamabel verlaufenen, Spiels gegen Südafrika am 22. Juni traten wiederum viele aus Europa angereiste französische Fans der Mannschaft ihrerseits „in den Streik“, wie manche von ihnen wortwörtlich auf Transparente pinselten. Andere französische Fußballfans führten Trikoloreflaggen bei sich, hatten sich aber die Nationalfarben Südafrikas auf ihre Gesichter gemalt, feuerten die Bafanas (südafrikanische Mannschaft) an oder buhten und pfiffen bei der Vorstellungsrunde die Namen der französischen Spieler aus.

Unterdessen fielen auch die französischen Medien, bürgerliche Presse und Sportzeitungen vereint, über die Mannschaft her. „Auf dem Feld der Unehre besiegt“, „das Gespött der Welt“ oder auch „Tschau, Hampelmann!“ – der an den Trainer Raymond Domenech gerichtete Titel der Gratiszeitung ‚Métro‘ – lauteten nur einige der unflätigen Pressekommentare.

Ethnisierung der Debatte über die ‚Bleus‘

Und wie es beinahe kommen musste, so kam es denn auch: Die Debatte fokussierte sich alsbald auf die – „ethnische“ und/oder soziale – Herkunft der Spieler, und auf ihre konfessionelle Zugehörigkeit. In einem Ausmaß, dass die Staatssekretärin für Städtebaupolitik – Fadela Amara – sich am 22. Juni genötigt fühlte, vor einer übermäßigen „Ethnisierung des Problems“ zu warnen: „Man ist dabei, dem Front National eine Autobahn zu bauen!“

Junge Männer, die aus Einwanderer- oder aber karibikfranzösischen Familien stammen und oft ihre Jugendjahre zwischen 1985 und 1995 in französischen Vorstädten verbrachten, bildeten die dominierende Gruppe in der französischen Nationalmannschaft. Dafür gibt es (neben dem auswahlbedingten Fehlen des „nordafrikanischen Elements“, s.o.) logische Erklärungen. Diese haben natürlich weder mit „rassischen“ oder genetischen Eigenschaften – wie sie jetzt oft unausgesprochen bemüht werden, um Schwarze als „athletisch“, aber zugleich wenig intelligent darzustellen – noch mit „umgekehrtem Rassismus“ zu Lasten der Weißen, wie er etwa vom neokonservativen „Philosophen“ Alain Finkielkraut nun wieder beschworen wird, zu tun. Vielmehr steht auf der einen Seite die starke Orientierung auf Aufstiegschancen, die hauptsächlich der Berufssport bietet, in vielen Familien aus der postkolonialen Einwanderung. Inklusive der Antillen oder französischen Karibikinseln, die seit dem 17. Jahrhundert formeller Bestandteil des Staatsgebiets Frankreichs sind, aber faktisch eine Quasi-Kolonialsituation mit einigen Besonderheiten aufweisen. *weiter Seite 3*

Aus dem Inhalt:

Für ein NS-Dokumentationszentrum in Stuttgart 5
Bayerntag der NPD 7

„Republikaner" verlieren Mandat

DÜSSELDORF. Die so genannten „Republikaner" haben ihren einzigen Sitz im Rat der Stadt Düsseldorf verloren. Der unlängst aus der Partei ausgetretene Jürgen Krüger hatte sich geweigert, sein Mandat zurückzugeben. Nun hat Krüger sich den „Freien Wählern" angeschlossen, die bereits mit zwei Vertretern im Rat der Stadt vertreten sind nunmehr eine Fraktion darstellen. *hma* ■

Verstimmungen bei „Pro"

LEVERKUSEN/BERLIN. Der angeblich vermögende deutsch-schwedische Geschäftsmann Patrik Brinkmann erklärte am 21. Juni auf seiner Internetseite, dass er „nach den Ereignissen der letzten Tage und Wochen" nicht mehr für ein Vorstandsamt bei der sog. „Bürgerbewegung pro Deutschland" zur Verfügung stehe. Es habe sich gezeigt, daß sich „Pro Deutschland" „nicht so entwickeln wird, wie ich das ursprünglich gedacht hatte", erklärte Brinkmann. Es sei „kein wirklicher Neuanfang auf bundespolitischer Ebene gewagt worden", der nach dem langsamen Sterben der „Republikaner" dringend notwendig gewesen sei. Benötigt würden „vor allem Menschen, die sich aus den alten Strukturen lösen wollten". Benötigt werde eine Rechte, so Brinkmann, „die nicht Israel zum Feind erklärt sondern den Islam". Sofern „sich die pro-Bewegung gefunden" habe, sei er gerne bereit „Gespräche zu führen über die Zukunft". Wenige Tage zuvor hatten führende Akteure der extrem rechten „Pro"-Bewegung in Leverkusen den Verein „Die Pro-Bewegung (PRO)" gegründet. Als Vereinszweck wird die „deutschlandweite Koordinierung und Abstimmung der politischen Arbeit der verschiedenen unabhängigen Pro-Parteien und –Vereinigungen in den Kommunen und Ländern" angegeben. Zum Vorsitzenden des „Pro"-Dachverbandes wurde „Pro NRW"-Chef Markus Beisicht gewählt. Stellvertreter wurde der Vorsitzende von „Pro Deutschland", Manfred Rouhs. Als hochgestecktes Ziel formulierten die beide „Pro"-Aktivisten bis zur nächsten Europawahl die „rechtsdemokratischen Kräfte in Deutschland" in „einer neuen Plattform zu bündeln". Als nächsten Schritt kündigt Rouhs die Eröffnung eines Büros von „Pro Deutschland" in Berlin an. *hma* ■

„JF" auf Spreefahrt

BERLIN. 350 Personen haben nach Angaben der „Jungen Freiheit" am diesjährigen „Sommerfest" des rechten Wochenblatts in Berlin teilgenommen. Eingeladen zu einer Fahrt auf einem Spreedampfer waren Kommanditisten, Förderer und Autoren. Als Gastredner sprachen die FPÖ-Landesrätin Barbara Rosenkranz, der Berliner Landtagsabgeordnete Rene Stadtkewitz („Bürgerbewegung Pax Europa") und Prof. Harald Seubert. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Jan Timke, Bremer Bürgerschaftsabgeordneter der „Bürger in Wut", und Friedrich-Wilhelm Siebeke aus Mettmann, unlängst Initiator des „Manifest gegen den Linkstrend" in der CDU. *hma* ■

Naziaufmarsch in Venlo

NIEDERLANDE/VENLO. Etwa 70 Neonazis aus den Niederlanden und Deutschland beteiligten sich am 12. Juni an einem Aufmarsch in der Grenzstadt Venlo. Angemeldet worden waren 300 Teilnehmer, die unter dem Motto „Keine Milliardenunterstützung für EU-Betrüger! Nein zur Brüsseler EU-Diktatur!" demonstrieren wollten. Die von deutschen Neonazis, unter ihnen der Pulheimer Axel Reitz, unterstützte NVU-Demo wurde von Venloer Bürgern sowie niederländischen und deutschen AntifaschistInnen mit Protesten empfangen. Dabei wurden 36 AntifaschistInnen von der Polizei festgenommen. Ein NVU-Anhänger wurde wegen Zeigen des Hitlergrußes angezeigt.

hma ■

Völkische Stimme

BERLIN. Das extrem rechte Webportal „gesamtrechts" bietet neuerdings eine Zusammenstellung ausgewählter Artikel im Papierformat an. Der unter dem Titel „Volkes Stimme. Nachrichten gegen den Strom" erscheinende zweiseitige Flyer berichtet in seiner ersten Ausgabe u.a. über den neuen Job von Eva Herman als Moderatorin beim „Kopp-Verlag", den niederländischen Rechtsausleger Geert Wilders und die Fusionspläne von NPD und DVU. *hma* ■

Total zentral

HANNOVER. Mit total einwandfreiem Rüstzeug werden in Niedersachsen die Abiturientinnen und Abiturienten ins Leben entlassen, um fortan im Wissensprekariat gebührenfinanziert über die Bachelorrunden zu kommen.

In der diesjährigen Prüfung im Zentralabitur im Fach Geschichte hat die ausarbeitende Kommission sich auch der Aufgabe „Machtsicherung im „Natinalsozialismus" gewidmet, in der es hauptsächlich um die Presse- und Medienpolitik des Naziregimes geht. Die Schülerinnen und Schüler sollten einen Vergleich zur Bedeutung der Medien in der Französischen Revolution und der NS-Herrschaft ziehen.

Im Bewertungsraster zu den Schülerleistungen wird erwartet, dass die Abiturientinnen und Abiturienten „VergIeichsansätze und Parallelen" zwischen der Pressepolitik der Jakobiner und den deutschen Faschisten feststellen. Für eine gute Leistung sollen ausdrücklich „Gemeinsamkelten und Ähnlichkeiten" herausgearbeitet werden.

Ein „sehr gut" in dieser Arbeit sollte meines Erachtens zu einem Backes-Jesse-Stipendium in Totalitarismustheorie in Leipzig reichen. Als Sponsoren bieten sich hier auch die Sansculottes der geschichts- und bildungsfernen Bourgeoisie im niedersächsischen Kultusministerium an. *d.h.* ■

Fristlose Entlassung des Rassisten Sarrazin

FRANKFURT. Die Fraktion der LINKEN im Römer hat auf einer Protestaktion am 17. Juni vor der Deutschen Bundesbank folgenden Offenen Brief übergeben:

„Sehr geehrter Herr Weber, wieder einmal hat Ihr Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin seinem Rassismus in der Öffentlichkeit freien Lauf gelassen. Wieder einmal schweigt die Bundesbank, namentlich Sie, Herr Weber, dazu. Und wieder einmal scheinen Konsequenzen aus den menschenverachtenden Äußerungen Ihres hoch bezahlten Bankers auszubleiben. Grenzen Sie sich ab, Herr Weber, sonst gehören Sie selbst dazu!

Wie sonst könnten wir Ihr Schweigen verstehen? Sarrazin (die Höflichkeitsanrede „Herr" unterbleibt hier aus Respekt vor den von ihm beleidigten und herabgewürdigten Menschen aller Nationen) sagte am 10. Juni beim Arbeitskreis Schule-Wirtschaft der südhessischen Unternehmerverbände: „Wir werden auf natürlichem Wege durchschnittlich dümmer" und schrieb dies den Zuwanderern "aus der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika" zu.

Es ist mehr als untragbar, dass Sarrazin nach wie vor Mitglied des Bundesbank-Vorstandes ist. Er muss entlassen werden, und zwar fristlos und selbstverständlich ohne jegliche Abfindung! Auf eine inhaltliche Debatte wollen wir uns angesichts der Haltlosigkeit dieser ethnischen Anfeindungen gar nicht einlassen. Nur so viel ist klar: Sarrazin glaubt wirklich, was er sagt. Wäre er sozial isoliert, könnte man ihn als krankhaften Paranoiker klassifizieren. So lange er aber sein Amt im Bundesbankvorstand als Podium instrumentalisieren kann, wird er seine rassistischen und dumpfen Stammtischparolen öffentlich streuen.

Wir warnen davor, Sarrazin zu einer Leitfigur der extremen Rechten werden zu lassen. Dem muss Einhalt geboten werden. Deshalb fordern wir erneut: Herr →

Fortsetzung von Seite 1

Auf der anderen Seite steht eine Ausrichtung bei vielen Profisport-Verbänden selbst, die besonders darauf erpicht sind, Schwarze als vermeintlich „besonders athletische Kraftsportler“ zu rekrutieren: Dies hat Tradition, seitdem der französische Profisport bei den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin beobachten konnte, wie 25 Prozent der Medaillen der USA durch Schwarze eingesammelt wurden. Damals kam das etablierte Frankreich auf die Idee, ähnlich wie für die Armee – mit ihrer Debatte um die ‚force noire‘ – auch für den Sport zusätzliche Arme und Beine in den westafrikanischen Kolonien Frankreichs zu rekrutieren. Schon 1931 wurde der erste schwarze Nationalspieler – Raoul Diagne, aus Französisch-Guyana – in die Fußballnationalmannschaft aufgenommen. 1976 wurde mit Marius Trésor erstmals ein schwarzer (karibikfranzösischer) Spieler zum Mannschaftskapitän; zwei Jahre, bevor die Briten mit Viv Anderson ihren ersten „farbigen“ Nationalspieler hatten.

Extreme Rechte: Kampagnenziel „unpatriotische“ Fußballelf

Im aktuellen Kontext, der von einer stark spannungsgeladenen Atmosphäre nach dem blamablen Ausscheiden aus der WM geprägt ist, braucht die extreme Rechte ihrerseits nur an die verbreitete Stimmung anzuknüpfen. Dadurch, dass Marine Le Pen schon ein bis anderthalb Wochen vor dem WM-Auftakt mehrfach vor Kameras und Mikrophonen öffentlich auf der Nationalelf herumhackte, hat die extreme Rechte einen erheblichen Aufmerksamkeitseffekt in Medien und Öffentlichkeit erzielt. Auch von ihrer Seite weist man immer und immer wieder auf den „hohen Anteil an Farbigen“ in der Nationalelf hin, die zugleich als „vom Geld korrumpiert“ und „moralisch verdorben“ hingestellt wird. Eine „wunderbare“ Mischung für eine üble populistische Kampagne.

Dadurch, dass Marine Le Pen in den jüngsten Chor der Verurteilungen aus der „politischen Klasse“ gegen die Nationalelf einstimmte, aber alle anderen an Lautstärke übertönte – nur sie ging so weit, den sofortigen Rücktritt von Sportministerin Bachelot zu verlangen – und zudem ihre Angriffe schon vor dem WM-Beginn startete, zog die extreme Rechte erhebliche Aufmerksamkeit auf sich. In der Sache wünschten die Spitzenvertreter des Front National offenkundig eine Niederlage des französischen WM-Teams. Dies ist nicht so neu, schon im Juli 2006 hatten führende Figuren der französischen extremen Rechten die damalige Niederlage im Finale gegen Italien beklatscht und begrüßt: Italien hatte eine weniger „kosmopolitische“ Mannschaft aufgeboten. (Vgl. zu damals http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23093/1.html oder AN Nr. 15/2006, http://www.scribd.com/doc/31205350/antifaschistische-nachrichten-2006-15)

Am 3. Juni 2010 erklärte Marine Le Pen in einer Sendung auf BFM TV: „Wenn sie (die Spieler) sich korrekt benehmen würden, wenn man im Munde dieser Spieler manchmal von Patriotismus reden hören würde, wenn nicht manche von ihnen sich weigern würden, die Nationalhymne zu singen, und wenn man sie nicht in die Nationalflaggen anderer Länder als des unseren eingehüllt sähe – dann wären die Dinge vielleicht anders. Aber im jetzigen Zustand gebe ich zu, dass ich mich nicht besonders in dieser Mannschaft wiedererkenne.“

Diese Sätze fielen acht Tage, bevor der Anpfiff in Südafrika erfolgte. Gleichzeitig räumte Marine Le Pen übrigens ein, von Fußball eher wenig zu verstehen.

Einige Wochen später dann kommentierte ihr Vater Jean-Marie Le Pen das, inzwischen vollständig eingetretene, Desaster am 22. Juni mit den Worten, es handele sich um eine „verdiente Niederlage“. Er fügte hinzu, dies sei „eine absolut politische Angelegenheit“, denn man habe aus der Nationalmannschaft „eine Flagge des Antirassismus machen wollen, statt sich (um) Sport“ zu kümmern. Allerdings warf „Cheftochter“ Marine Le Pen gleichzeitig Sportministerin Roselyne Bachelot eine „weltweite Erniedrigung unseres Landes“ vor, durch ihre politische Verantwortung zur Entsendung einer falschen Mannschaft.

Bernhard Schmid, Paris ■

Weber, grenzen Sie nicht nur sich selbst und die Bundesbank gegen diesen Rassisten Sarrazin in ihren Reihen ab, sondern tun Sie das auch im Sinne der Stadt Frankfurt. Mehr als 40 Prozent der hier lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Eine Entlassung Sarrazins wäre eine Entschuldigung bei ihnen allen.“

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Reininger, Fraktionsvorsitzender
dielinke-im-romer.de ■

Chef des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft ruft zu erneuter Initiative für überlebende NS-Verfolgte auf

KÖLN. Der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Dr. Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth, der zugleich Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung und geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. ist, hat anlässlich des Festaktes zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ eine vielbeachtete Rede gehalten.

Dr. von Fürstenwerth führte u.a. aus:

„Meine große Sorge ist aber, dass all das Erreichte gefährdet ist, wenn es nicht gelingt, in gemeinsamer Verantwortung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik

→

Köln: Das Denkmal für die Edelweißpiraten ist in einen ordentlichen und würdigen Zustand versetzt worden. ***jöd***

den letzten Überlebenden der Shoah, den letzten Überlebenden von KZ-Haft und anderen unmenschlichen Verbrechen es zu ermöglichen, ihre letzten Lebensjahre in Würde zu verbringen. Und wir müssen dies schnell tun. Das Zeitfenster, ein letztes Mal die Not der Überlebenden zu lindern, ihnen ein letztes Mal ein kleines Stück mehr an Gerechtigkeit zukommen zu lassen,

ist sehr, sehr eng. (…) Warum sollte uns angesichts der aktuellen Not vieler Opfer nicht noch einmal solch ein gemeinsames Einstehen für unsere historische Verantwortung gelingen? Wir brauchen eine neue Initiative, eine zusätzliche finanzielle Anstrengung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, ein solches Projekt zu stemmen; auf freiwilliger Basis, aufgrund unserer inneren Überzeugung, Verantwortung zu übernehmen. Die Stiftung kann dies aus den ihr verbliebenen Mitteln nicht leisten, aber sie könnte, aufbauend auf ihren jetzigen Programmen, später bei der Umsetzung helfen."

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. unterstützt Herrn Dr. von Fürstenwerth nachdrücklich in seinen Bemühungen, den Überlebenden des Nazi-Terrors ein Alt werden in Würde zu ermöglichen und wird alles in seiner Macht stehende dafür tun, dass diese Initiative schnell erfolgreich ist.

Den vollständigen Text der Rede finden Sie auf unserer homepage:

www.nsberatung.de

Bundesverband Information& Beratung für NS-Verfolgte ■

Verbot des geplanten Neonazitreffens in Eschede

Hannover. DIE LINKE im Landtag fordert das Verbot einer Sonnenwendfeier von Neonazis auf einem Bauernhof in Eschede im Landkreis Celle. „Seit Jahren treiben Neonazis auf diesem Hof ihr Unwesen, und seit Jahren schaut die Landesregierung tatenlos zu", kritisierte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. In den letzten drei Jahren haben auf dem Hof elf Neonazitreffen stattgefunden; längst hat er sich zu einem Dreh- und Angelpunkt der norddeutschen Neonaziszene entwickelt. „Angesichts dessen ist es unfassbar, dass die Landesregierung weiter an ihrer Einschätzung festhält, der Hof solle nicht als Schulungs- und Tagungszentrum für Neonazis ausgebaut werden", so Zimmermann.

Da es in den vergangenen Jahren während der Veranstaltungen auf dem Anwesen immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen auf Journalisten und Gegendemonstranten kam, fordert Zimmermann ein Verbot des Treffens am Wochenende.

PM Die Linke im Nds. Landtag 18.6.10 ■

Risse in der Volksfront von rechts?

Hamburg. Ein neuer Internetbeitrag auf der Nazi-Seite mein-hh.info unter dem Titel „Parteienpolitik ist Schnee von gestern – die Jugend organisiert sich frei" lässt eine gewisse Distanz zwischen Freien Kameraden (FK) und NPD erkennen. Der Hamburger Landesverband der neofaschistischen Partei bleibt weiterhin geschwächt. Eigentlich arbeitet die Hamburger NPD mit den FK seit mehreren Jahren sehr eng zusammen. Wie es scheint, gefällt einem Teil der FK um Tobias Thiessen und Inge Nottelmann, welche meinhh.info betreiben, der sich abzeichnende Zusammenschluss von NPD und DVU überhaupt nicht - sie befürchten eine weitere Bürokratisierung und ein stärkeres Postengeschacher in einer vereinigten Nazipartei. Tatsächlich ist es wohl möglich, dass sich mit einem Zusammenschluss, gerade auch in Hamburg, der Kurs der NPD ändert: Der jetzige Bundesvorsitzende der DVU Matthias Faust ist bekanntlich Hamburger und möchte, als Gegenleistung für das Aufgehen der DVU in der NPD, sicherlich mit einem höheren (bezahlten?) Posten der fusionierten Partei versorgt werden. (Als ehemaliger NPD-Funktionär und DVU-Chef wird der gelernte Versicherungskaufmann, der ursprünglich bei einem großen Versicherungskonzern gearbeitet hatte, wohl kaum in einen bürgerlichen Beruf zurückkehren können.)

Mit Faust würde derjenige Funktionär in die NPD zurückkehren, den der radikale Flügel (darunter viele Kameradschafter) der Hamburger Partei 2007 rausgedrängt hatte, um die Partei auf Rieger-Kurs zu bringen. Seitdem hatten viele Freie Kameraden ihre Aktivitäten für die NPD mit der Person Jürgen Riegers verknüpft. Durch seinen unerwarteten Tod ist der radikal neonazistische Flügel nun geschwächt und ihm fehlt eine Führungs- und Identifikationsfigur. Der kommissarische Landesvorsitzende Torben Klebe ist zwar ehemaliger Kameradschafter, aber weder charismatisch noch mit besonderen strategischen oder politischen Qualitäten gesegnet und somit kein adäquater Ersatz für Multitalent Rieger. Auch sonst hat der hiesige Landesverband momentan keine herausragenden Persönlichkeiten vorzuweisen Von daher ist es nicht unwahrscheinlich, wenn die FK um Thiessen jetzt wieder auf mehr Eigenständigkeit bauen, zumal die HHer NPD in den letzten Monaten nur Niederlagen eingesteckt hat: eine desaströse Wahlkampfkundgebung im September, das schlechteste Wahlergebnis bundesweit, der Tod Jürgen Riegers, anhaltende Proteste gegen ihre Infostände und damit einhergehend Verbote von Infoständen in mehreren Bezirken – so etwas wirkt gerade auf junge AktivistInnen abschreckend, wie mein-hh.info richtig erkennt. Die Zahl der an Infoständen teilnehmenden Nazis ist dementsprechend anhaltend gering.

Außerdem ist es möglich, dass der Naziaufmarsch in Hildesheim am vergangenen Wochenende das Spektrum der FK momentan beflügelt. Er war stärker von den FK organisiert und besucht als von der NPD und hatte zum Erstaunen der Anmelder statt der 300 erwarteten 600-700 TeilnehmerInnen. Ob ein parteiferner Kurs und das alleinige Setzen auf den „Kampf um die Straße" allerdings den erhofften Erfolg bringt, wird auch von vielen Nazis in Diskussionsbeiträgen zu dem oben erwähnten Artikel bezweifelt.

Schließlich konnten die FK in den letzten Jahren in Hamburg auch keine nennenswerten Erfolge vorweisen, die noch konsequenter partei-kritischen Autonomen Nationalisten lösten sich nach einer nur wenige Monate dauernden Internetpräsenz sogar gleich wieder auf.

Es bleibt also abzuwarten, wie sich die geplante Vereinigung von DVU und NPD auf das gesamte neofaschistische Spektrum auswirkt. Hamburg spielt insofern eine Rolle, weil hier immer noch einige Kader von bundesweiter Bedeutung ihren Wohnsitz oder ihre Wurzeln haben. Z.B. bleibt offen, ob sich Einzelgänger Christian Worch einer fusionierten Partei wieder annähert, nachdem er mit der NPD vor Jahren gebrochen hatte und vor ein paar Monaten die DVU wegen ausstehender Gelder verklagt hat.

Für die antifaschistische Bewegung aber kann es nur von Vorteil sein, wenn die enge Zusammenarbeit von NPD und FK in Hamburg Risse bekommt.

Felix Krebs ■

DIE LINKE verurteilt antisemitische Attacke

Hannover. DIE LINKE im Landtag hat die antisemitische Attacke auf eine jüdische Tanzgruppe in Hannover-Sahlkamp am vergangenen Wochenende scharf verurteilt. Sie sprach sich für die sofortige Einberufung eines Runden Tisches unter Leitung des Oberbürgermeisters aus, um die Vorgänge im Sahlkamp aufzuarbeiten.

Sollte sich herausstellen, dass die Kinder, die die Steine geworfen haben, von Erwachsenen angeleitet worden sind, müsse dies strafrechtliche Konsequenzen haben.

Zugleich verwies Reichwaldt auf die im vergangenen Jahr gestiegene Anzahl antisemitischer Straftaten im Bereich der Polizeidirektion (PD) Hannover. Eine Anfrage der Linksfraktion an die Landesregierung hatte ergeben, dass im Jahr 2009 im Bereich der PD Hannover 29 antisemitische Straftaten verübt worden sind. Im Jahr 2008 waren es 18.

Quelle: PM Die Linke Fraktion im Nds. Landtag 23. Juni 2010 ■

In Stuttgart wollen das Land und die Firma Breuninger das ehemalige Hotel Silber in der Dorotheenstraße 10 abreißen.

Für ein NS-Dokumentationszentrum in Stuttgart Erhaltung des „Hotel Silber“

Das Gebäude war in der NS-Zeit der Sitz der Gestapo-Leitzentrale für Württemberg. Es war berüchtigt für seinen Folterkeller. Darüber und im Nebengebäude Dorotheenstraße 8 saßen die Polizei und das württembergische Innenministerium. Hier wurde erstmals im Reich die sogenannte T-4-Aktion umgesetzt (benannt nach dem Himmler-Befehl im Berliner Tempelgarten 4). Hier wurde die Ermordung von Behinderten im Land geplant und organisiert. Etwa elftausend Menschen wurden ermordet. Das industrielle Mordverfahren durch Gas wurde in Grafeneck erstmals durchgeführt. Es war sozusagen der Probelauf für die KZs. Beamte aus Stuttgart machten damit eine makabre Karriere. Nach dem Krieg war die Dorotheenstraße 10 Sitz der Kripo und in beiden Häusern saßen wieder Landesbedienstete.

Das ganze Quartier am Karlsplatz soll weichen für ein riesiges Neubauprojekt. Das Land will hier nicht nur die Büros des Finanzministeriums unterbringen, die jetzt schon in der Dorotheenstraße 8 und 10 sind, sondern insgesamt 700. Die Firma Breuninger, die angrenzend an das Quartier am Karlsplatz ihr „Flaggschiff“ am Marktplatz betreibt, will ihr Sortiment ergänzen durch Luxusgeschäfte und ein Fünf-Sterne-Hotel. Zur Realisierung haben Land und Breuninger eine Investorengesellschaft gegründet. Deren Pläne wurden von der alten Stadtratsmehrheit bis vor einem Jahr unterstützt. Allein die übergroße Baumasse des geplanten Projekts war in der Diskussion.

Seither haben sich zahlreiche Initiativen aus dem antifaschistischen Bereich in Stuttgart zusammengeschlossen, um den Abriss zu verhindern und im Haus Dorotheenstraße 8 ein NS-Dokumentationszentrum nach dem Vorbild des Kölner EL-Hauses einzurichten. Seitdem ist die Diskussion im Stadtrat wieder entbrannt. Bisher ist es nicht gelungen, die sogenannte neue Mehrheit im Stadtrat (Grüne, SPD, SÖS und LINKE) zu einigen, um den Bebauungsplan entsprechend zu gestalten. Fortschritte wurden aber erzielt. Der Architekt des preisgekrönten Entwurfs für das Karlsplatz-Quartier, Behnisch, hat bereits bei der Vorstellung seines Modells Modifikationen vorgestellt, wonach nicht nur der Keller als Gedenkstätte gestaltet werden soll, sondern auch im Erdgeschoß ein abgegrenzter Bereich mit insgesamt 200 m² für Ausstellungen und Veranstaltungen zur Verfügung stehen soll.

Gedrängt durch die lebhafte öffentliche Diskussion hat der Stuttgarter Oberbürgermeister für den 17. Juli zu einer öffentlichen Anhörung eingeladen. Um die Gestaltung wird von den Fraktionen im Stadtrat im Hintergrund heftig gerungen. Es zeichnet sich allerdings ab, dass das Land und die Firma Breuninger sich der Diskussion nicht stellen wollen. Den Stadtratsmitgliedern, die sich für die Erhaltung des Hauses einsetzen, wird gedroht: Wenn Ihr den von den Investoren vorgesehenen Bebauungsplan verhindert, kommen auf die Stadt hohe Schadenersatzforderungen zu bzw. – zweite Version – gibt es am Karlsplatz überhaupt keine Neuordnung und die Stadt hat keine stadtplanerischen Entwicklungsmöglichkeiten mehr.

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE hat im Februar mit einer Anhörung im mittleren Saal die Diskussion wieder ins Rathaus gebracht und die festgefahrenen Fronten aufgeweicht. Sie unterstützt die Forderungen der Initiative Gedenkort Hotel Silber. Inzwischen tobt die Auseinandersetzung in der Grünen- wie in der SPD-Fraktion, die CDU hält sich alles offen bis zur Anhörung. Die Grüne- und die SPD-Landtagsfraktion haben Anfragen im Landtag gestellt. Das ist wichtig, weil die bisher absolute Verweigerungshaltung des Landes aufgebrochen werden muss. *Ulrike Küstler* ■

Weitere Information unter
www.hotel-silber.de sowie unter
www.stuttgart.de/soesundlinke

Auszüge aus der Rede von Janka Kluge am 19.6.2010 vor dem ehemaligen „Hotel Silber“ zum Gedenken an Eugen Bolz

Die KZs der Stuttgarter Gestapo-Leitstelle

Wir sind hier heute zusammengekommen um an die Verhaftung von Eugen Bolz zu erinnern. Er steht für Tausende, wahrscheinlich Zehntausende die zwischen 1933 und 1945 in das Hotel Silber zum Verhör gebracht worden sind. Wenn die Gestapo ein Verhör für beendet erklärt hat, begann meist eine jahrelange Haftzeit in Konzentrationslagern und Zuchthäusern.

Die Politische Polizei in Württemberg war schon vor der Reichstagswahl im März 1933 darauf spezialisiert, Kommunisten zu verfolgen. Zwei Daten aus der Woche vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 stehen für viele andere. Am 2. März plant die KPD in Stuttgart eine große Kundgebung in der Stadthalle. Sie war als Teil des Wahlkampfes der KPD geplant. Die politische Polizei in Stuttgart verbot die Kundgebung. Auf Antrag der Reichsregierung beschlagnahmte die württembergische Politische Polizei Flugblätter, Zeitungen und andere Schriften der KPD. Zwei Tage später sprengte die politische Polizei eine geheime Tagung der württembergischen KPD. Mehrere Funktionäre werden verhaftet.

Vorausgegangen war der Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. / 28. Februar. Diese Brandstiftung war für die Nazis der ideale Anlass, um mit der „Reichsbrandverordnung“ den Wahlkampf der KPD zu verbieten und den der SPD zu erschweren.

Nach der Reichstagswahl am 5. März machte der neue faschistische Staat Ernst mit der Verfolgung von politischen Gegnern, so nimmt die Politische Polizei allein in der Nacht vom 10./11. März in Stuttgart 200 Mitglieder der KPD fest und nimmt sie in Schutzhaft. Am selben Tag werden 100 Mitglieder der SA und SS zur Hilfspolizisten berufen.

Hermann Göring hatte als preußischer Ministerpräsident bereits im April 1933 die Gestapo gegründet. Gleichzeitig gründete Heinrich Himmler in München die Bayerische Politische Polizei unter Führung von Heydrich. Dieses System der Politischen Polizei wurde reichsweit umgesetzt, nachdem Himmler das neugeschaffene Amt „Politischer Polizeikommandeur der Länder“ innehatte.

(...) Am 12. Mai setzte das württembergische Innenministerium die Anweisungen von Berlin um. Sie wies der neugegründeten „Württembergischen Politischen Polizei“ die Aufgaben zu, die bis dahin die Politische Polizei in Stuttgart innehatte. Das neugegründete Polizeiamt ist gleichzeitig das Landeskriminalamt.

Das wichtigste Instrument zur Unterdrückung der politischen Opposition von 1933 bis zur Befreiung 1945 war die Möglichkeit der politischen Polizei, Schutzhaft zu verhängen. Die Anordnung musste lediglich formal in Berlin beim Gestapa be-

antragt werden mit Einschätzung, dass eine Person weiterhin dem Dritten Reich distanziert gegenüberstehe. Die meisten Widerstandskämpfer und -kämpferinnen sind aufgrund solch eines Schutzhaftbefehls auf Jahre hin in Konzentrationslagern verschwunden.

Es war keineswegs so, dass die politische Polizei ihre gesamte Arbeit im Geheimen verrichtet hat und niemand etwas mitbekommen hat. Als am 13. Juni 1933 der ehemalige Landtagspräsident und Vorstandsmitglied der SPD, Albert Pflüger, und Erich Roßmann, der Landesvorsitzende der SPD, verhaftet wurden, ist in der Presse eine Erklärung abgedruckt worden. In ihr heißt es: „Diese Maßnahme gilt zugleich als Warnung an alle übrigen ehemalige und gegenwärtige Hetzer und geistige Drahtzieher."[1]

So wie sie kamen tausende Regimegegner in das KZ Heuberg, in dem Truppenübungsplatz Stetten auf der Schwäbischen Alb eingerichtet. Dieses erste Konzentrationslager in Württemberg unterstand direkt dem Innenministerium. Diese hat die Aufgabe an die Politische Polizei von Württemberg delegiert, so dass diese Vorgängerorganisation der Gestapo hier im „Hotel Silber" für das KZ zuständig war. Zwischen März und Dezember 1933 waren hier mehr als 2000 Männer inhaftiert. Die meisten von ihnen waren Mitglieder der SPD und der KPD. Das Lager Heuberg war auf einem Truppenübungsplatz eingerichtet. Mit der Militarisierung des faschistischen Deutschlands wurde das Gelände von der Wehrmacht wieder benötigt. Das Innenministerium suchte ab Sommer 1933 ein neues Gelände für ein zentrales württembergisches KZ. In einem Brief des württembergischen Innenministeriums an die Oberämter hieß es: „Die Verlegung des Schutzhaftlagers Heuberg, das 400 württembergische Schutzhäftlinge enthält. Ehe ich eine Entscheidung treffe, gebe ich den Ober-Amtskörperschaften die Gelegenheit sich zu äußern, ob in Bezirken Unterkunfts- und Arbeitsmöglichkeiten für die Gefangenen bestehen, wobei ich darauf hinweise, dass die Anwesenheit von 400 Gefangenen in der Umgebung einen beachtlichen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten."[2]

Ein KZ als wirtschaftlicher Standortvorteil, so jedenfalls sah es das Innenministerium.

Leiter des KZs war Karl Buck. Er wurde von der Politischen Polizei hier im „Hotel Silber" eingesetzt. Buck war ein überzeugter Nationalsozialist, der bereits 1931 Mitglied der NSDAP und der SA wurde.

Nachdem das KZ Heuberg geschlossen wurde und die fast 300 Gefangenen in das neue zentrale württembergische Konzentrationslager Oberer Kuhberg in Ulm gebracht wurden, war er auch dort Kommandant. Als die Wehrmacht auch die Verfügung über die Festung Ulm beanspruchte, wurde das KZ am 16. März 1935 aufgelöst. Die meisten von den Gefangenen wurden freigelassen. 50 Häftlinge kamen nach Dachau.

Im gleichen Jahr übernahm die Gestapo das Amtsgerichtsgefängnis Welzheim. Buck, der auch hier wieder Kommandant war, sagte über die Gründung vor Gericht: „Ich selbst habe den Gedanken des Lagers von Welzheim befürwortet, um die Leute bevor sie ins KZ kommen und ein Schutzhaftbefehl von Berlin verlangt wurde, noch einmal in Welzheim zu überprüfen." Himmler ordnete an, dass zur Täuschung des Auslands, diese Lager nicht die Bezeichnung Konzentrationslager führen durften. Sie wurden offiziell unter dem Namen Schutzhaftlager geführt. In Welzheim gab es eine Schreinerei und eine Schneiderei. Hier ließen sich Stuttgarter Gestapo-Beamte und Mitglieder der SS und der SA aus Stuttgart billige Uniformen schneidern. 1941 teilte die Gestapo-Leitstelle dem Lagerleiter Hemann Eberle mit, er solle die Exekution polnischer Gefangener vorbereiten. Buck war zu diesem Zeitpunkt bereits Kommandant des Lagers Schirmeck im Elsass. In der Schreinerei wurde daraufhin ein Galgen gezimmert. Eberle sagte am 28.September 1949 vor der Spruchkammer in Ludwigsburg aus, dass die Häftlinge von der Gestapo Stuttgart eingeliefert wurden. Sie war es auch, die den Befehl zum Mord gegeben hat. Es gab kein Gerichtsverfahren und kein Urteil. Sie wurden in einem in der Nähe liegenden Steinbruch erhängt. Zur Abschreckung wurden polnische Zwangsarbeiter aus der Gegend zu den Hinrichtungen gefahren und die Anklage extra auch auf Polnisch verlesen. Im März 1945 erhielt Eberle den telefonischen Befehl von dem Gestapo-Beamten Mauch, dass auf Befehl von Gestapo-Chef Mussgay fünf russische Häftlinge gebracht werden. Sie sollen dort erschossen werden. Am 27. März 1945 wurden sie ebenfalls im Steinbruch durch Genickschuss hingerichtet. Heinrich Himmler hatte den Befehl gegeben, dass kein KZ-Häftling lebend in die Hände der Alliierten fallen solle. Mitte April 1945 wurde das Lager Welzheim evakuiert.

Weibliche Gefangene aus Stuttgart kamen zuerst in das Frauengefängnis in der Weimarstraße im Stuttgarter Westen. Ende März 1933 mussten sie in das Frauengefängnis Gotteszell in Schwäbisch Gmünd. Dort hatte die Gestapo eine eigene Schutzhaftabteilung eingerichtet. Dieses erste Frauen-KZ in Württemberg bestand bis Januar 1934. Danach wurden die gefangenen Frauen in die neu eingerichteten Frauen-KZs Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück gebracht. Auch wenn die Schutzhaftabteilung offiziell 1934 geschlossen wurde, blieb Gotteszell die Haftanstalt in die Frauen, die in Schutzhaft kamen, erst einmal gebracht wurden.

(...) Ein weiteres Vorgehen der Gestapo gegen missliebige Menschen waren sogenannte Arbeitserziehungslager. Die Gestapo-Leitstelle hat zwei eingerichtet. Eines in Buttenhausen, einem Dorf auf der Schwäbischen Alb, für Männer und männliche Jugendliche und das andere in Rudersberg. 1942 hat die Gestapo-Leitstelle Württemberg den Gasthof „Zur Ritterburg" in Rudersberg beschlagnahmt. Die Gestapo errichtete auf dem Gelände ein Frauenerziehungslager. Die meisten Gefangenen waren Zwangsarbeiterinnen, die sich entweder dem Arbeitszwang verweigert haben, oder Frauen, die mit „Ausländern befreundet" waren. Einmal in der Woche ging ein Bus, der direkt nach Ravensbrück und Auschwitz fuhr. In dem Buch „Stationen zur Hölle" schreibt Julius Schätzle, der selbst auf dem Oberen Kuhberg inhaftiert war: „Die Frauen und Mädchen, die auf den Transport mußten, wußten, was ihnen bevorstand. Man hörte, daß ihnen dort die Haare abgeschnitten werden, manche wußten auch von den Gaskammern, viele weinten vor Angst. Bei einem dieser Transporte im Jahr 1944 waren auch zwei jüdische Frauen. Einer fehlten die Schuhe. Die Aufseherin Waller sagte ihr: „Dort, wo Sie hinkommen, brauchen Sie keine Schuhe mehr." Ohne Schuhe mußte diese Frau ihre letzte Fahrt antreten."[3]

Am 13. April 1945 sind, kurz bevor die Gestapo-Beamten aus Stuttgart fliehen, Else Josenhans, die aus einer bekannten jüdischen Stuttgarter Familie stammt, und eine Französin, ein Lette und eine weitere bis heute unbekannte Person erhängt worden. Zu den letzten Opfern der Stuttgarter Gestapo gehörten Gottlieb Aberle, Hermann Schlotterbeck und Andreas Stadler. Die drei gehören zur Widerstandsgruppe Schlotterbeck. Einer der letzten Befehle aus der Stuttgarter Gestapo-Zentrale befiehlt ihre Hinrichtung. Sie wurden nach der Evakuierung des KZ Welzheim in der Nacht vom 18./19. April 1945 in einem Wald bei Riedlingen von Gestapo-Beamten erschossen. Danach werden die Gestapo-Leute mit Geld und falschen Papieren ausgestattet und fliehen.

Viele Gestapo-Beamte konnten nach 1945 bei der Polizei weiterarbeiten. Wenn sie in einem Prozess im Ausland wegen Beteiligung an den Verbrechen der Einsatzgruppen oder anderer nationalsozialistischer Verbrechen verurteilt worden waren, durfte in Deutschland kein Verfahren gegen sie eröffnet werden.

Hier in diesem Haus, dem Hotel Silber, sind viele Verbrechen geplant, organisiert und durchgeführt worden. Die Opfer mahnen uns nicht nur „Niemals wieder", sondern auch dass wir die Verbrechen nicht vergessen. ■

1 Chronik der Stadt Stuttgart S.58
2 Internetseite „denktag 2006.denktag.de/Das_KZ_auf_ dem_ Heuberg" Zitiert aus StA WG AII 787
3 Julius Schätzle „Stationen zur Hölle – Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933 – 1945" Röderberg Verlag 1980, S. 46

Bayerntag der NPD

Applaus für Rassismus, Antisemitismus und NS-Verherrlichung

Zum fünften Mal in Folge veranstaltete der bayerische Landesverband der NPD den sogenannten „Bayerntag“, in diesem Jahr im niederbayerischen Buchhofen. Das mit den Schlagworten „Musik, Politik, Kultur, Gemeinschaft, Familie“ beworbene Sommerfest hat sich damit zwar endgültig etabliert, die Anzahl der BesucherInnen stagnierte mit etwa 200 jedoch auf niedrigem Niveau.

Foto: Jan Nowak

Am 12. Juni 2010 lud die bayerische NPD zu ihrem „Bayerntag“ nach Buchhofen. Die kleine Ortschaft mit nicht ganz 1000 Einwohner_innen wäre recht beschaulich, wären da nicht die mittlerweile fast regelmäßigen Besuche durch die NPD. Mindestens drei öffentliche Veranstaltungen hat die neonazistische Partei im „Gasthaus zum Jägerwirt“ in diesem Jahr bereits durchgeführt, weitere Veranstaltungen der Neonaziszene sind bereits angekündigt. „Jägerwirt“-Betreiber Robert Leher ist laut Aussage der bayerischen NPD mittlerweile selbst Parteimitglied und ermöglicht, in dem er seine Gasträume, Stadel und den Innenhof zur Verfügung stellt, die unproblematische Durchführung neonazistischer Szeneveranstaltungen.

Streitereien im Vorfeld

Dieses Mal dürfte der Umsatz dem Wirt jedoch kaum geschmeckt haben, denn es fanden lediglich etwa 200 Teilnehmer_innen den Weg nach Buchhofen. Diese niedrige Zahl dürfte unter anderem mit Streitereien innerhalb der neonazistischen Szene im Vorfeld der Veranstaltung zusammenhängen. So sagte die ursprünglich für die Veranstaltung angekündigte Rechtsrockband „Feldherren“ (München) kurzfristig ihren Auftritt ab. Hintergrund ist eine körperliche Auseinandersetzung innerhalb der rechten Szene Münchens, die derzeit bayernweit hohe Wellen schlägt. (...)

Das Angebot beim „Bayerntag“

Während die niederbayerischen NPD-Aktivisten um Alfred Steinleitner (Deggendorf) und Martin Gabling (Neuhaus am Inn) noch mit Aufbauarbeiten beschäftigt waren, kassierte eine Aktivistin der NPD aus Ingolstadt schonmal die BesucherInnen ab. Für „Sicherheit“ im Eingangsbereich sorgte der NPD-Aktivist und „Nationale Ersthelfer“ Pascal Scholz (Klingenberg). Das eigentliche Fest fand in einer zum Veranstaltungsraum umgebauten Scheune sowie im Innenhof des weitläufigen Geländes statt. Neben Bierzeltgarnituren und einer Kinderhüpfburg waren dort auch diverse Informationsstände aufgebaut. So zum Beispiel ein Verkaufsstand des einstmals von Bayern aus betriebenen neonazistischen CD-Labels „Rebel Records“ (Cottbus). Auch die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) hatte einen Infostand aufgebaut, hinter dem zeitweise Sigrun Rennicke, ehemalige „HDJ“-Aktivisten und Tochter des neonazistischen Liedermachers Frank Rennicke, anzutreffen war. Direkt daneben warb ein Stand des rechten Monatsmagazins „ZUERST!“ um AbonentInnen. Betreut wurde der Stand von Marcel Müller. Der ehemalige Stützpunktleiter der JN im baden-württembergischen Heilbronn ist vor kurzem nach Schleswig-Holstein gezogen und jetzt als Auszubildender bei dem von Dietmar Munier herausgegebenen extrem rechten Blatt beschäftigt. Ebenfalls mit einem Infostand präsentierte sich die „Nationale Volkspartei“ (NVP) aus Österreich mit deren Bundesgeneralsekretär Robert Faller.

Programm und Reden

Mit einiger Verspätung eröffnete Patrick Schröder (Mantel), Landesorganisationsleiter der NPD und Betreiber des neonazistischen Internetradios „Radio FSN“, das Programm. Beim anschließenden Redebeitrag des Landesvorsitzenden Ralf Ollert (Nürnberg) verließen auffällig viele TeilnehmerInnen den Saal.

Besser kam der Fraktionsvorsitzende der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs (Lübtheen), an. Dieser referierte auf der Bühne über die Notwendigkeit eines klar definierten Freiheitsbegriffs für die nationale Bewegung und landete dabei schon nach wenigen Minuten bei Adolf Hitler. Dieser hätte „ganz genau gewusst, wo man die Schrauben ansetzen muss, um jenen die Verfügungsgewalt über das Kapital zu entziehen zu können“, die einem ‚undeutschen‘ Freiheitsbegriff anhängen würden. Im weiteren Verlauf seiner Rede beklagte Pastörs die „Überfremdung“ des Landes, bezeichnete die Politik der Niederlande während des 2. Weltkrieges als „Verrat an der weißen Rasse“ und nannte die extrem rechte „Pro Bewegung“ einen „Blitzableiter der multikulturellen Gauner, die ein Interesse daran haben, dass wirklicher Nationalismus in Deutschland keinen Platz bekommt“. Seine kürzlich im Landtag getätigte Aussage, dass „die Bekämpfung und Ausmerzung des jüdischen Bolschewismus eine gute Idee gewesen ist“, bekräftigte Pastörs erneut. Diese Aussagen kamen beim Publikum gut an, häufig wurde Pastörs Redebeitrag gerade bei den besonders offen rassistischen, antisemitischen und NS-verherrlichenden Phrasen durch Applaus und Zurufe unterbrochen.

Neben Pastörs sprachen noch der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer (Wernigerode), Parteichef Udo Voigt (Berlin) sowie der Bundespräsident-

Belgien: Nationalistische Rechte in Flandern klare(r) Wahlsieger –

„Moderater" flämischer Separatist wird mit Regierungsbildung in Brüssel beauftragt

Auf den ersten Blick fühlt man sich um genau 30 Jahre zurückversetzt, in die Gründungsgeschichte der bundesdeutschen Grünen. Auf der Bühne steht ein beleibter Herr, den die bürgerliche Presse als „schlecht angezogen" bezeichnen wird, um ihm ferner eine „unmodische Frisur" zu attestieren. Der Mann und seine Umstehenden schwenken alle Sonnenblumen in die Kameras, um ihren Wahlerfolg zu feiern. Handelte es sich tatsächlich um einen Grünenpolitiker der frühen achtziger Jahre, die Fernsehkommentatoren würden sich unentwegt fragen, ob er nicht „eine andere Republik" wolle.

Doch der untersetzte Politiker – Jahrgang 1970 – strebt nicht „eine andere Republik" an. Korrekt müsste es lauten: Er strebt eine (völlig neue) Republik und einen anderen Staat an. Nämlich durch den Austritt aus dem Königreich Belgien, besser gleich auch seine Abschaffung, und die Schaffung eines eigenständigen niederländischsprachigen Staates: Flandern. Die schönen Utopien und das Globale sind, anders als bei den frühen Grünen („global denken, lokal handeln"), die Sache des Bart de Wever nicht. Seine Ideale lauten: Nationalismus pur, Unser Geld bleibt hier!, und sein Leitsatz könnte lauten: Was haben wir eigentlich mit den sozialen Problemen im anderen Landesteil, im – französischsprachigen – „faulen Süden" Belgiens, zu schaffen? Na also. Soll man uns doch in Ruhe lassen damit.

Dieses Profil überzeugte am vorletzten Sonntag (den 13. Juni) 28,2 Prozent der Wähler in der bevölkerungsreicheren Nordhälfte Belgiens, also in Flandern. So viele Stimmen erhielt die Partei des politischen Newcomers Bart de Wever dort. Im Jahr 2003 hatte die „Neue Flämische Allianz" (N-VA), die man ungefähr als nationalistisch-konservativ einstufen kann, noch 3 Sitze im belgischen Bundesparlament eingenommen. Jetzt sind es ihrer 27.

Und das Verrückte ist: Noch vor kurzem hatte de Wever im Wahlkampf verkündet, sein Ziel für Belgien sei es, dieses „verdampfen" zu lassen. Zwischen der Ebene der Europäischen Union und jener der Regionen, also Flandern und Wallonien (zuzüglich des Sonderfalls Brüssel und eines kleinen deutschsprachigen Zipfels an der östlichen Landesgrenze), solle der Bundesstaat einfach wegdampfen, verpuffen. In Bälde wird de Wever nun genau diesen Bundesstaat möglicherweise regieren oder mit regieren. Denn seit dem Wahlsonntag zeichnet sich eine Art von Yalta-Abkommen zwischen der Sozialdemokratie in der französischsprachigen Südhälfte, Wallonien, und der nationalistischen Rechten in Flandern ab: Jeder der beiden Wahlsieger bleibt in seiner Hemisphäre unangefochten Herr im Haus, um aber das Ganze auf übergeordneter Ebene irgendwie zu managen, schließt man einen Pakt ab. Elie de Rupo, der Chef der wallonischen Sozialisten, die in ihrer Landeshälfte die 30-Prozent-Marke überschreiten konnten, und de Wever lassen sich gegenseitig in Ruhe, versuchen aber irgendwie, den belgischen Gesamtstaat zusammen zu regieren. So lange er noch existiert. Am Donnerstag, den 17. Juni wurde Bart de Wever durch den belgischen König Albert II. mit der Regierungsbildung beauftragt.

Abdampfen dürfte, falls es dazu wirklich kommt, im Endeffekt aber vor allem die belgische Sozialversicherung: Bart de Wever und seine Leute fordern ihre eilige Aufteilung in getrennte Kassen für das reichere Flandern und das – früher, zu Zeiten der Schwerindustrie bis in die sechziger Jahre, wohlhabendere und jetzt spürbar ärmere – Wallonien.

Die Sozialistische Partei (die vor allem im frankophonen Landesteil stark ist) schwingt sich bislang zum Garanten für eben diese Sozialversicherung auf. Ein Kompromiss zwischen den Vorstellungen der beiden Parteien, die künftig miteinander koalieren sollen, wirkt wie die sprichwörtliche Quadratur des Kreises. In naher Zukunft kann man vielleicht beobachten, welchen Ausgang dieser Versuch fürs Erste nimmt.

Der studierte Historiker Bart de Wever begann seinen Aufstieg in Kreisen der nazibelasteten äußersten Rechten, wo sein Vater schon seit Jahrzehnten aktiv war. 1996 traf er mit dem französischen Rechtsradikalen Jean-Marie Le Pen – damals ein wichtiges Idol bei flämischen Nationalisten – zusammen, Fotos von ihrem damaligen Händedruck befinden sich noch heute im Umlauf. Und noch im Jahr 2007 griff er die Kommunalregierung von Antwerpen, der flämischen Metropole, an, nachdem diese eine Entschuldigung für das Verhalten ihrer Stadt gegenüber den örtlichen Juden im Zweiten Weltkrieg formuliert hatte. De Wever nannte diese Entschuldigung „grundlos" und rein parteipolitisch motiviert.

Aber de Wever steht heute durchaus nicht auf dem offen profaschistischen Rechtsaußenflügel. Vielmehr ist es ihm gelungen, den Nazi-Bewunderern, die es in Flandern nicht zu knapp gibt und die sich weitgehend im Umfeld des Vlaams Belang bewegen, zumindest vorläufig politisch den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die N-VA ist eine neue Partei, sie entstand 2001 aus den Trümmern der früheren bürgerlich-nationalistischen Einheitspartei in Flandern, der Volksunie, von der sich auch der rechtsextreme spätere Vlaams Blok und heutige Vlaams Belang ab 1977/78 abgespalten hatte. Im zurückliegenden Jahrzehnt war die „Neue Flämische Allianz" vor allem, als Koalitionspartner auf ihrer Rechten, mit den flämischen Christdemokraten (CD&V) liiert.

Ihr Aufstieg vollzog sich in den letzten Jahren auch auf Kosten des mittelbar aus einer Nazi-Kollaborateurstradition kommenden Vlaams Belang. Der VB, damals die einzige offen separatistische politische Kraft in Flandern, erzielte bei den flämischen Regionalparlamentswahlen im Jahr 2003 noch 24 Prozent in der Region. Auf bundesstaatlicher Ebene hatte der VB bei Parlamentswahlen vor wenigen Jahren noch 19,3 Prozent der flämischen Stimmen eingesammelt. Jetzt fiel er auf 12,6 Prozent.

Hinzu kommt noch eine weitere, als rechtspopulistisch eingestufte Kraft, die nach ihrem Chef benannte „Liste Dedecker" (LDD). Sie macht auch schon mal mit dem „Ausländerthema" Wahlkampf, wie ansonsten nur der Vlaams Belang, während sie bei der „Unabhängigkeitsfrage" etwas leisere Töne spuckt als der VB oder auch die „Neue Flämische Allianz". Reden die beiden letztgenannten Parteien mitunter offen einer Unabhängigkeit für Flandern das Wort, so ist bei der LDD eher von einer losen Konföderation – mit geringen Kompetenzen, und erweiterten Vollmachten der Regionen – die Rede. Die LDD wurde erst 2007 gegründet und hat dem rechtsextremen VB ihrerseits zeitweilig Wählerstimmen streitig gemacht. Sie stieg zeitweilig bis auf acht Prozent, erreichte aber am vorletzten Sonntag nur noch 3,7 Prozent. Beobachter addieren jedoch ihre Stimmen zu jenen für den Vlaams Belang und die N-VA hinzu und kommen dadurch auf ein Gesamtpaket für die „harte" Rechte in Flandern von 45 Prozent.

Alle drei Parteien demonstrieren auch mitunter zusammen. So am Abend des 22. April, an dem die bisher letzte belgi-

→

schaftskandidat der NPD, der neonazistische Liedermacher Frank Rennicke (Altengreuth). Letzterer konnte bei den ZuhörerInnen ebenfalls mit kaum getarnter antisemitischer Hetze punkten. Rennickes Aussagen verdeutlichten die Virulenz von antisemitischen Verschwörungstheorien innerhalb der neonazistischen Rechten. O-Ton Frank Rennicke: „Schuld tragen diejenigen, die von Heuschrecken und Finanzspekulanten reden, aber diese nicht beim Namen nennen wollen. Nicht nur Udo Pastörs möchte gerne diese Leute beim Namen nennen. Und liebe Freunde, ich würde Sie auch beim Namen nennen. Aber ich möchte die Zelle von Ernst Zündel, die gerade frei geworden ist, morgen früh nicht beziehen. Nur so viel: Es sind nicht die Norweger, garantiert nicht die Norweger, die uns hier bescheißen."

Rennicke lieferte auch den ersten musikalischen Beitrag des Tages, gefolgt vom „Liedermacher" Fylgien, bürgerlich Sebastian Döhring (Berlin). Später am Abend spielten noch die „Southern White Punks", eine bisher nicht in Erscheinung getretene Band, die aus Bayerisch-Schwaben kommen soll. Deren Auftritt währte allerdings nur kurz, nach wenigen Liedern musste die Musik um 22 Uhr eingestellt werden.

Das Publikum

Viele Spektren der neonazistischen Rechten waren an diesem Tag anwesend, dominant waren jedoch die Gruppen der älteren Parteimitglieder einerseits, sowie von der Skinheadsubkultur beeinflusste jüngere Neonazis andererseits. Eine größere Gruppe von rechten Skinheads reiste aus München und Umland an, einige trugen die einheitlichen T-Shirts der Kameradschaft „Nationale Solidarität Bayern" (NSB) aus dem Münchner Umland oder die Lederkutten der „Jagdstaffel Süd"(Bad Tölz). Auch viele der aus der niederbayrischen Provinz angereisten jungen Rechten drückten ihre Gesinnung durch Kleidung aus. So waren neben T-Shirts der „Crew 38" (aus dem internationalen Hammerskin-Netzwerk) auch zahlreiche Aufdrucke von Rechtsrockbands wie „Skrewdriver", „Die Lunikoff-Verschwörung", „Gigi und die braunen Stadtmusikanten" oder martialische Bekenntnisse wie „Racewar" und „Todesstrafe für Kinderschänder" zu sehen. Auffällig war ein im Zusammenhang mit der Fußball WM stehender Trend zu Kleidungsstücken mit kolonialrassistischen Bezügen. Eine Reihe von Besucher_innen trugen T-Shirts mit Aufdrucken wie „Heia Safari – Am Kap der guten Hoffnung werden wir Weltmeister sein" oder „Reichskolonialmeister 2010"

Stand der NVP, Foto: Jan Nowak

Auffallend war auch eine starke Beteiligung von Neonazis aus Österreich, es parkten zahlreiche Autos mit Kfz-Kennzeichen aus der benachbarten Alpenrepublik auf dem von den Neonazis als Parkplatz genutzten örtlichen Raiffeisengelände. Aus der Schweiz war Philippe Eglin angereist, Leiter der Basler Sektion der „Partei National Orientierter Schweizer" (PNOS). Eglin fiel zuletzt am 1. Mai 2010 bei einer Neonazidemonstration in Schweinfurt durch eine NS-verherrlichende Aussage auf: „Ich höre von vielen Nationalisten, heute ist fünf vor Zwölf, doch dies stimmt nicht. Vor 20 Jahren war fünf vor Zwölf, jetzt ist Fünf Uhr fünfundvierzig und wir wissen genau, was zu dieser Zeit gemacht werden muss".

Angesichts des angelockten Publikum war es wenig verwunderlich, dass sich kaum „normale" BürgerInnen auf das Fest verirrt hatten. Ein Mittvierziger, angereist mit dem PKW einer lokalen KfZ-Werkstatt, stellte an diesem Tag die Ausnahme dar.

Spärliche Proteste gegen das Neonazitreffen

Proteste gegen den sich etablierenden neonazistischen Veranstaltungsort wären dringend notwendig. Doch nicht einmal die Sorge um das Ansehen des Ortes (bei der Eingabe des Suchbegriffs „Buchhofen" schlägt google mittlerweile schon automatisch die Kombination mit dem Begriff „NPD" vor) konnte mobilisierend auf die in Buchhofen und der Region lebenden Menschen wirken. Nur hundert Meter vom Veranstaltungsort der Neonazis entfernt fand zwar eine Gegenveranstaltung gegen den NPD-"Bayerntag" statt. Nur wenige Buchhofer_innen fanden allerdings den Weg zum Fest, bei dem Bands spielten und es neben Getränke- und Grillständen auch zahlreiche Infostände von Vereinen, Parteien und Initiativen gab. *Jan Nowak*

www.aida-archiv.de, 21.6.2010 ■

(aus Platzgründen gekürzt, mlb)

→ sche Bundesregierung unter Yves Leterme zurückgetreten war, in Vilvoorde in der Nähe von Brüssel. Am selben Tag hatte sich der Vlaams Belang eine einmalige Provokation geleistet: 30 Abgeordnete sangen im Plenarsaal des belgischen Bundesparlaments – aus dem alle anderen Fraktionen protestierend auszogen – stehend die flämische Nationalisten-Hymne Vlaamse Leeuw (Der flämische Löwe). Währenddessen entrollten auf den Zuschauerreihen platzierte Anhänger im Publikum ein Transparent, auf dem das sofortige Ende Belgiens gefordert wurde und die Aufschrift stand: „Zeit für die Unabhängigkeit!" Nun ermittelt die Verwaltung, wie es zu einem solchen offen „staatsfeindlichen" Akt der Rechtsradikalen mitten im Parlament kommen konnte.

Die lautstärksten Schreier haben sich derzeit bei den Wahlen nicht durchsetzen können, sondern die Stimmbürger gaben der stärker institutionalisierten Variante des flämischen Nationalismus den Vorzug. Der Vlaams Belang erklärt jedoch, durch den Mund seines Chefs Filip de Winter, er könne keinerlei „ideologische Niederlage" für sich erkennen.

Der französische Staat, oder Teile seines Apparats, scheinen wiederum eine eigene Gefahrenanalyse zu haben. Die französische Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné' enthüllte jedenfalls am Mittwoch, den 16. Juni, dass eine Elitetruppe der französischen Polizei – das GIPN – Anfang Mai in Lille, Nordfrankreich, eine nächtliche „Anti-Terror-Übung" veranstaltet habe. Auf dem Programm: akute Geiselkrise, und eins auf die Mütze für die Geiselnehmer. So weit ein schwerer Klassiker für polizeiliche Notstandsübungen. Nicht ganz so klassisch war die Herkunft der angeblichen Geiselnehmer im polizeilichen Drehbuch. Laut Regieanweisung waren es dieses Mal keine blutrünstigen algerischen Islamisten oder tschetschenischen Unabhängigkeitskämpfer, die die Bösen spielen mussten, sondern gefährliche flämische Extremisten. Diese trugen T-Shirts mit dem Vlaamse Leeuw, dem „flämischen Löwen" – Wahrzeichen der Separatisten – als Aufdruck, und ermordeten gleich zu Anfang einen französischen Polizisten. Am Ende vom Lied wird der Anführer ihres Kommandos getötet, sein Vizechef überwältigt. Sollten sich da etwa irgendwelche Leute auf eine ziemlich schlechte Nachbarschaft vorbereiten?

Bernhard Schmid, Paris ■

Niederlande: Freiheits-Partei drittgrößte Partei

Nie zuvor in der niederländischen Geschichte der Demokratie war das Ergebnis der siegreichen Partei bei den Wahlen so niedrig wie am Abend des 9. Juni, dem Wahltag. Die rechts-liberale Opposition, die Partei für Freiheit und Demokratie VVD gewann die niederländischen Parlamentswahlen mit nur einem Fünftel der Stimmen und erhält damit 31 von 150 Sitzen im Parlament, sie gewann 9 Sitze dazu im Vergleich zu den Wahlen 2006. Die Labour-Partei (PvdA), verantwortlich für die vorgezogenen Wahlen, weil sie die Regierung wegen der Militärmission in Afghanistan verließ, verlor 3 Sitze und kam auf das zweithöchste Ergebnis mit 30 Plätzen.

Der Gewinner war jedoch, nach Siegen im Jahr 2006 (von 1 auf 9 Sitze), im Jahr 2009 (von 0 auf 4 Sitze im Europäischen Parlament) und früher in diesem Jahr während der Kommunalwahlen, die Anti-Islam und rechtspopulistische Freiheitliche Partei (PVV) des Geert Wilders. Fast eineinhalb Millionen Wähler machten es möglich, dass die Freiheits-Partei drittstärkste Partei der Niederlande wurde mit 24 Sitzen, damit gewann sie 15 Sitze dazu. Dies könnte die Partei zu einem Partner in einer Koalition machen.

Die bisherige Regierungspartei, die Christdemokraten, verloren 20 Sitze, wie schon einmal 1994, und erhielten nur 21 Sitze. Sie verlieren damit auch ihren Ministerpräsident Balkenende. Die Niederländer werden einen neuen Premierminister bekommen.

Die Freiheits-Partei begann ihre Kampagne Ende April mit der Präsentation ihrer „Agenda für Hoffnung und Optimismus“. Nach der Devise „Von allem etwas mehr“, fordern sie beim Thema Sicherheit Null-Toleranz, härtere Strafen, 10.000 zusätzliche Polizisten und die Freiheit der Richter müsse begrenzt werden. Beim Thema Zuwanderung ist es ein Verbot des Korans und der Burka, keine weitere Einwanderung aus islamischen Ländern, die Reduzierung von Flüchtlingen, keine Sozialleistungen für Zuwanderer in den ersten 10 Jahren, Schließung der islamischen Schulen, kein Bau von neuen Moscheen und ein Verbot der rituellen Schlachtung. Und die PVV fordert „ethnische Registrierung“ von allen Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, weil deren Loyalität zweifelhaft sei. Die umstrittene Steuer auf „headrags“ ist immer noch im Programm, aber heißt jetzt „Tax Kopftuch“. Ausländer, gemeint sind „nicht-westliche“, müssen Arbeit nachweisen oder haben das Land zu verlassen!

Wilders hat die konservativ harten neoliberalen ökonomischen Positionen der PVV zu einem breiteren, manchmal sozialdemokratischen Programm umgemodelt, weil ihre bisherigen Lösungsvorschläge von der Krise in Frage gestellt wurden. Natürlich fordert die PVV, das alles durch Einschnitte bei der Integration und der Entwicklungshilfe zu finanzieren.

Das Partei-Programm hebt die Förderung des Nationalismus hervor, auf jeder Schule und jedem öffentlichen Gebäude soll die niederländische Flagge hängen, die lokalen Traditionen sollen respektiert werden und die Niederländische (und Friesische) Sprache soll geschützt werden. Am nationalen Gedenktag, dem 4. Mai, will die PVV „aller Opfer von (nationalem) Sozialismus“ gedenken, also nicht unterscheiden zwischen den Opfern der Nazis und den Opfer des „Sozialismus“. Bemerkenswert!

Kurz gesagt, definiert das PVV-Programm, wer zum niederländischen Volk gehört und wer nicht. Für letztere bedeutet das Strafe und Ausschluss aus der Gesellschaft.

Im Laufe der Kampagne, als Wilders kaum mehr öffentliche Auftritte in Städten hatte, veröffentlichte die PVV die Ergebnisse einer Untersuchung zu den Kosten der Einwanderung. Als im Jahr 2009 die Regierung auf eine Fülle von Fragen der PVV die Antwort verweigerte, beauftragte Wilders eine wirtschaftliche Forschungsagentur, dies zu tun. Die Kosten für die Zuwanderung von nicht-westlichen Einwanderern betragen demnach 7,2 Milliarden pro Jahr.

Wilders verwendete diese Zahl in den verschiedenen TV-Debatten über öffentliche und kommerzielle Netze, aber es schien nicht mehr funktionieren. Die Einwanderung war nicht das Schlüsselthema sondern die wirtschaftliche Krise. Und seltsamerweise war auch die Außenpolitik, die früher in diesem Jahr so wichtig war, dass sie eine Regierung stürzen ließ, nicht einmal ein Problem. Es sagt etwas über die kollektive Veränderung der Niederländer gegenüber ihrem eigenen Hinterhof.

Die Freiheitliche Partei bekam die meisten ihrer Stimmen im Süden der Niederlande, in der Provinz Limburg. In einigen Städten in Limburg, in 24 der 25, in denen die Freiheits-Partei größte Partei wurde, erhielt sie fast 40 % der Stimmen.

Auch in einigen Städten rund um Rotterdam erzielte sie hohe Ergebnisse und in Den Haag war das Ergebnis sogar höher als bei den Ratswahlen, als sie zweitstärkste Partei wurde mit 16,7 %.

Plakat der PVV zum Prozess gegen Wilders, dem man angeblich den Mund verbieten will **Quelle: taz.de**

Auch im sogenannten Bible-Belt, traditionell das Gebiet der CDA, konnte die PVV deutlich zulegen von 5,9 % auf 14 % der Stimmen.

Die amerikanische „Anti-Jihad-Bewegung“ feierte die Ergebnisse, nannte sie „eine Straßensperre auf dem Weg zu Eurabien“.

Die Frage ist nun, ob die VVD bereit ist, mit der PVV zu regieren, und zweitens, ob die CDA auch dazu bereit ist. Geert Wilders hat schon gesagt, er sei bereit zu regieren, um eine neue Regierung mit der Labour Partei zu verhindern.

Aber neben der Anti-Islam-Agenda unterscheidet sich die PVV sowohl von der VVD als auch der CDA in wirtschaftlichen Fragen.

Prominente Ex-Minister der VVD und CDA sowie die Chefs der Arbeitgeber-Organisation warnten vor dem Imageverlust der Niederlande im Ausland und vor den wirtschaftlichen Folgen, wenn die PVV Teil einer Koalitionsregierung würde.

Jeroen Boch ■

Migranten in deutschen Schulen benachteiligt

HAMBURG. Jugendliche mit Migrationshintergrund werden an deutschen Schulen und Hochschulen strukturell diskriminiert. Dies geht aus einem vom PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband und dem Forum der Migrantinnen und Migranten im PARITÄTISCHEN vorgestellten Bericht hervor.

Der PARITÄTISCHE Hamburg fordert die Einbindung von Migrantenorganisationen in die aktuelle Bildungsdebatte und appelliert an die Hamburgerinnen und Hamburger, sich im anstehenden Volksentscheid für die Schulreform auszusprechen. „Die frühe Trennung nach der vierten Klasse zementiert soziale Ungleichheiten und raubt vielen Kindern Bildungs- und damit Zukunftschancen“, sagt Sylke Känner, Referentin für Kita und Schule beim PARITÄTISCHEN Hamburg, „in Deutschland hängt der Bildungserfolg eines Kindes stark von der sozialen und ethnischen Herkunft ab. Wer aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommt, wird an unseren Schulen und Hochschulen benachteiligt.

Wer zusätzlich noch – wie jeder dritte Hamburger Jugendliche – einen Migrationshintergrund mitbringt, hat kaum Chancen auf einen guten Abschluss.“ Nach dem Bericht des PARITÄTISCHEN macht mittlerweile fast jeder dritte deutsche Schüler Abitur, von den ausländischen Schülern nur jeder zehnte. Am deutlichsten ist das Missverhältnis bei denen, die ganz ohne Abschluss die Schule verlassen: dies sind in Hamburg sieben Prozent der deutschen, aber 15 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler.

„Unser Schulsystem schafft es nicht, das Potenzial einer multikulturellen Gesellschaft aufzugreifen und zu fördern. Stattdessen werden die Potenziale der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bisher weitestgehend ignoriert“, so Känner.

Der PARITÄTISCHE Hamburg spricht sich für die Einführung der sechsjährigen Primarschule aus: „Längeres gemeinsame sLernen und die stärkere individuelle Förderung bauen soziale Unterschiede ab und schaffen größere Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen.“ Der Bericht des PARITÄTISCHEN zeigt auch, dass sich die Ausgrenzung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund an den Schulen im Hochschulstudium fortsetzt. Demnach sind nicht einmal drei Prozent der in Deutschland Studierenden Ausländer, die hier ihre Hochschulreife erworben haben.

Der Verband fordert neben dem längeren gemeinsamen Lernen einen Ausbau der Sprachförderung von der Kita bis zum Schulabschluss, die interkulturelle Öffnung der Schulen sowie eine stärkere Vernetzung mit außerschulischen Partnern wie Migrantenorganisationen, Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit.

Der Bericht wurde im Rahmen der Bildungsinitiative des Forums „AB In die Zukunft!“ erarbeitet, deren Ziel es ist, dass mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund das Abitur absolvieren und studieren. Weitere Informationen: Den Bericht „Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten: Fakten – Interpretationen – Schlussfolgerungen“ sowie weitere Informationen zur Bildungsinitiative des Forums der Migrantinnen und Migranten im PARITÄTISCHEN finden Sie im Internet unter www.abindiezukunft.de.

PE Der Paritätische LV Hamburg, 9.6.10 ■

Flüchtlingsaufnahmekonzept immer abstruser

HILDESHEIM. Das Konzept der Nds. Landesregierung zur Aufnahme von Flüchtlingen wird zunehmend konfuser. Hatte die Landesregierung zunächst die Schließung der Landesaufnahmestelle in Oldenburg beschlossen, um so das traditionsreiche Grenzdurchgangslager Friedland für eine zentralisierte und kasernierte Unterbringung von Flüchtlingen nutzen und das Lager somit erhalten zu können, so ist nunmehr offenbar vorgesehen, Friedland zu einer Erstaufnahmeeinrichtung zu machen.

Damit gerät aber die Neustrukturierung zur Provinzposse. Da das für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständige „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ in Friedland keine Außenstelle betreibt und dies auch für die Zukunft ausschließt, muss bei Umsetzung der Pläne des Innenministeriums jeder und jede Asylsuchende mindestens zweimal von Friedland in das etwa 125 Kilometer entfernte Braunschweig verbracht werden, um ein ordnungsgemäßes Asylverfahren sicherstellen zu können.

Bei bis zu 300 Flüchtlingen, die in Friedland untergebracht werden sollen, hat das nicht nur zur Folge, dass ein regelmäßiger Fahrdienst zwischen Braunschweig und Friedland aufgebaut werden muss. Zusätzlich müssen für Aufenthalt und Verpflegung, ggfs. auch für die Übernachtung der Flüchtlinge Parallelstrukturen vorgehalten werden. Dem Vernehmen nach hat das niedersächsische Landeskabinett die ursprünglich für den 22.06. geplante Kabinettssitzung zur Entscheidung über diese kostenträchtige und unsinnige Neukonzeption zunächst verschoben, eine Beschlussfassung ist nach der Sommerpause zu erwarten.

„Die Landesregierung könnte viel Geld sparen und dabei zugleich Gutes tun, würde sie die Kritik des Landesrechnungshofs am bisherigen Unterbringungskonzept konsequent umsetzen“, sagt der Vorsitzende Norbert Grehl-Schmitt. Der Landesrechnungshof hatte bereits vor Jahren eine dreiwöchige Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung als ausreichend betrachtet. Eine Unterbringung darüber hinaus sei allein schon aus Kostengründen nicht angezeigt, aus Sicht des Flüchtlingsrats auch nur für einen beschränkten Zeitraum von drei Monaten unter der Voraussetzung vertretbar, dass das Land parallel Anstrengungen unternehme, die Aufnahme mit umfassenden Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen zu begleiten. Der von der Landesregierung zum Teil über Jahre erzwungene Aufenthalt in den Landeseinrichtungen widerspreche jedem vernünftigen Integrationskonzept und sei schlicht inhuman, so Grehl-Schmitt weiter. Aufgrund der niedrigen Zugangszahlen in den vergangenen Jahren sowie hoher Anerkennungsquoten verbleibe eine Zahl von etwa 1.500 Asylsuchenden, die pro Jahr landesweit dezentral verteilt werden müssten. Dies stelle die Kommunen vor keine besonderen Herausforderungen. In den 90er Jahren lag diese Zahl um das Zwanzigfache höher. Andere Bundesländer haben längst auf die teure zentrale Unterbringungsform verzichtet und sind zu einer Verteilung auf die Kommunen zurückgekehrt.

Presseerklärung des Flüchtlingsrats Niedersachsen vom 18. Juni 2010 ■

Debatte im Bundestag über Bleiberecht

BERLIN. Am 6. Mai 2010 fand im Bundestag eine Debatte zu zwei Gesetzentwürfen der SPD und der Linken sowie einem Antrag der Grünen zum Thema gesetzlicher Korrekturen in Sachen Bleiberecht bzw. bei Kettenduldungen statt. Immerhin: Selbst Helmut Brandt von der CDU/CSU deutete in seiner Rede, mit der er eine Erweiterung und Lockerung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung des Aufenthaltstitels ablehnte, an, dass beim Auslaufen der verlängerten Bleiberechtsregelung Ende 2011 möglicherweise auch der Nachweis genügen könnte, sich aktiv um die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts und den Erwerb der Sprachkenntnisse gekümmert zu haben.

Auch Hartfrid Wolff (FDP), dessen Reden immer nostalgische Erinnerungen daran wecken, dass es einmal einen Menschen- und Bürgerrechtsflügel bei der FDP gegeben hat, deutete bei aller Hartleibigkeit an, der geltende Beschluss der Innenministerkonferenz gebe Zeit, eine dauerhafte Regelung zu finden, die das Problem der Kettenduldungen nachhaltig löst.

Ulla Jelpke (DIE LINKE) wies darauf hin, dass bei dieser Untätigkeit bis ins Jahr

2012 hinein weit über 100.000 Menschen in aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit leben müssten, obwohl sie bereits länger als 6 Jahre in Deutschland sind. Sie verwies außerdem auf eine Personengruppe, die in der bisherigen Bleiberechtsdebatte noch gar keine Rolle gespielt hat. Es gebe knapp 70.000 Ausreisepflichtige, die nicht einmal über eine Duldung verfügen. Knapp 53.000 Menschen lebten bereits mehr als 6 Jahre in Deutschland. Faktische Duldungen dieser Größenordnung seien wohl ganz überwiegend rechtswidrig. Auch mit dieser Personengruppe müsse man sich befassen.

Josef Winkler wies für Bündnis 90 / Die Grünen darauf hin, dass das Kriterium der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts keine unüberwindbare Hürde darstellen dürfe und ernsthafte Bemühungen, den Lebensunterhalt überwiegend zu sichern, als ausreichend gelten müssten. Die Situation der etwa 37.000 Menschen, denen bislang eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erteilt worden ist, sei angesichts der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt höchst ungewiss.

Rüdiger Veit (SPD) plädierte für eine Abkehr von der Stichtagsregelung in Richtung auf eine rollierende Regelung. Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis auf Probe löse die Probleme nicht. Man könne sie deshalb nicht bis Ende Dezember 2011 vertagen.

Quelle: http://www.proasyl.de newsletter Juni 2010 ■

Eine Allianz der Hardliner

BRÜSSEL. Die österreichische Innenministerin Maria Fekter hat Verbündete gefunden in ihrem Kampf gegen die Pläne der EU-Kommission, die Asylsysteme stärker zu harmonisieren. Eine Gegenposition formulierten Vertreter Bulgariens, Polens, Rumäniens, Sloweniens, der Slowakei, der tschechischen Republik und Ungarns gemeinsam mit Österreich unter dem Dach eines neugeschaffenen „Forum Salzburg“. Die Unterzeichnerstaaten der gemeinsamen Erklärung wehren sich nicht nur gegen jede Aufweichung des Dublin-Verfahrens, sondern auch gegen eine Anpassung der Grundversorgung von Asylsuchenden an das Niveau der Nationalstaaten.

Quelle: Proasyl newsletter Juni 2010 ■

Gericht stoppt Abschiebung von Roma

GÖTTINGEN. Etwa 80 Abschiebungsgegner haben am 22.06. die geplante Abschiebung der 22 Göttinger Roma-Flüchtlige in das Kosovo verhindert. Sie sollten am 23.06. mit einem Flugzeug aus Düsseldorf nach Pristina gebracht werden. Als die Polizei gegen 2 Uhr die Wohnungen der Familien im Blümchenviertel aufsuchen wollte, bildeten die Aktivisten Menschenketten vor der Haustür. Einsatzleiter Hartmut Lieberknecht sagte gegenüber dem StadtRadio, er würde gewaltsame Auseinandersetzungen vermeiden wollen. Da die Abschiebungsgegner den Weg nicht freiwillig frei geben wollten, zogen die Beamten nach einer halben Stunde wieder ab. Die Flüchtlinge würden nun per Abschiebehaftbefehl gesucht, so Lieberknecht.

Die geplante Abschiebung von 22 Roma aus Göttingen in den Kosovo findet vorerst nicht statt. Das Göttinger Verwaltungsgericht stoppte die Abschiebung von zwei Familien mit zusammen elf Menschen, sagte ein Sprecher am Dienstag (23.06.). Der Vater der einen Familie habe Arbeit, bei dem zweiten Familienvater stehe eine Operation bevor. In den anderen Fällen lehnte das Gericht den beantragten Rechtsschutz gegen die Abschiebung zwar ab. Die betreffenden Roma sind nach Angaben eines Stadtsprechers aber untergetaucht oder befinden sich im Kirchenasyl, so dass auch sie nicht wie vorgesehen abgeschoben werden.

„Wir haben den drei jungen Männern Kirchenasyl gewährt, um eine neue Schandtat des Innenministers zu verhindern“, sagte der evangelische Göttinger Ausländerpastor Peter Lahmann. Abschiebungen in den Kosovo seien ein Skandal. Pastorin Elke Reichardt sagte, die Gemeinde habe sich aus christlicher Verantwortung in der Pflicht gesehen, Menschen in Not beizustehen

Die Sprecherin der Linksfraktion im Nds. Landtag, Pia Zimmermann, erklärte zum Abschiebungsstopp von zwei Roma-Familien in den Kosovo durch das Göttinger Verwaltungsgericht: „Dieses Urteil ist ein klares Signal an die Politik. Diesem menschenunwürdigen Umgang muss endlich ein Ende gesetzt werden. Die Landesregierung ist zwingend gefordert, endlich einen Abschiebestopp von Roma in den Kosovo erlassen.“

Quelle: http://www.stadtradio-goettingen.de - www.fluechtlingsrat-berlin.de ■

Grünen-Fraktion gegen Abschiebungshaft

BERLIN. Besonders schutzbedürftige Personen sollen nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich nicht in Abschiebungshaft genommen werden. In einem entsprechenden Antrag (17/2139) zählt die Fraktion dazu Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Eltern mit Kindern, Traumatisierte und sonstige psychisch Kranke sowie Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. Auch wollen die Grünen-Abgeordneten unter anderem kostenlose Rechtsberatung für Abschiebungshäftlinge gewährt sehen.

In der Vorlage kritisiert die Fraktion, dass in Deutschland zu schnell und zu häufig Abschiebungshaft angeordnet und zu lange vollzogen werde. Sie dürfe stets nur als „ultima ratio“ in Betracht kommen, mahnen die Abgeordneten. Da die Betroffenen keine Straftäter seien, seien ihre Haftbedingungen deutlich von denen des Strafvollzugs zu unterscheiden. Dazu gehöre eine strikte Trennung von Strafgefangenen. „Die Einschränkungen durch die Haft müssen so gering wie möglich gehalten werden“, heißt es in dem Antrag weiter. *Quelle: Jesuitenflüchtlingsrat 23.06.2010* ■

Die Linke: Anfrage zur Residenzpflicht

HAMBURG. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat eine schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke am 18. Mai 2010 beantwortet (Bürgerschaftsdrucksache 19/6171). Thema: Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge. Es fällt auf, wie wenig statistische Daten zu verschiedenen Aspekten des umstrittenen und tief in das Recht auf Bewegungsfreiheit eingreifenden Themas von Behördenseite erhoben werden. Erfasst wird gerade einmal die Zahl der erteilten Verlassenserlaubnisse. Vom 1. Januar 2008 bis zum 30. April 2010 wurden solche in 398 Fällen erteilt. Bei einem durchschnittlichen Bestand an Geduldeten von über 5.000 Personen sind dies überraschend wenige. Informationen zum Aufgriff von „Residenzpflichtverletzern“ bzw. zu ihrer strafrechtlichen Sanktionierung liegen nicht vor oder lassen sich angeblich mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht finden.

Quelle: Proasyl newsletter Juni 2010 ■

UN-Berichterstatter: Kritik an zu engem Rassismusbegriff

BERLIN. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat den am 16. Juni) im UN-Menschenrechtsrat vorgestellten Bericht des UN-Sonderberichterstatters zu Rassismus, Githu Muigai, über seinen Besuch in Deutschland im Juni 2009 begrüßt. „Das Institut unterstreicht besonders die Empfehlung des UN-Sonderberichterstatters, dass Bund, Länder und Kommunen ihrem Handeln ein erweitertes Verständnis von Rassismus zugrunde legen sollen“, so Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Gleiches gelte für Institutionen wie die Polizei und Gerichte. Rudolf wies darauf hin, dass Rassismus in Deutschland oft mit rechtsextremer Ideologie und Gewalt gleichgesetzt und dadurch zu eng verstanden werde. „Der UN-Sonderberichterstatter sieht das zu Recht als ein grundlegendes Problem an.“ Bereits die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz im Jahr 2009 und der UN-Ausschuss gegen Rassismus im Jahr 2008 hätten diese enge Sicht kritisiert.

weiter Seite 14

Nach neun Monaten Streik: Wichtiger Teilerfolg der „Papierlosen Arbeiter“

Der seit dem 12. Oktober 2009 andauernde Streik der ‚travailleurs sans papiers‘ (ungefähr: „Arbeitnehmer/Lohnabhängige ohne Papiere“, d.h. ohne Aufenthaltstitel) im Raum Paris dürfte kurz vor dem Ende stehen. Er endete mit einem wichtigen Erfolg oder jedenfalls Teilerfolg für die Streikbewegung, die von einem Kollektiv aus elf Gewerkschaften und NGOs – dazu zählten die beiden gewerkschaftlichen Dachverbände CGT und CFDT, weitere Gewerkschaftszusammenschlüsse (Solidaires, UNSA, den Verband der Bildungsgewerkschaften FSU), die „Liga für Menschenrechte“, das „Netzwerk Bildung ohne Grenzen“/RESF u.a. – unterstützt worden war.

Hauptgegenstand der Streikbewegung war es, die „Legalisierung“ der Aufenthaltssituation der Betroffenen zu fordern. An dem Arbeitskampf hatten insgesamt 6.250 lohnabhängige Einwanderer teilgenommen; er sollte Druck vor allem auf die Staatsmacht ausüben, vermittelt über die Arbeitgeber, die (als direkte „Ansprechpartner“ oder Gegenüber der Streikbewegung) ihrerseits Aufenthaltstitel für ihre Beschäftigten bei den Behörden einfordern sollten.

Am Freitag, den 18. Juni 10 gab das Ministerium „für Einwanderung, Integration und nationale Identität“ unter Eric Besson anlässlich eines (seit längerem anberaumten) Treffens mit den Gewerkschaften einen Text bekannt. Dieser soll in naher Zukunft die ‚Circulaire‘, d.h. das ministerielle Rundschreiben an die Präfekturen (Polizei- und Ausländerbehörden in den Départements), vom 24. November 2009 – das damals die erste vorläufige Antwort des Ministeriums auf die Streikbewegung bildete, „ergänzen“. Noch sind manche konkreten Modalitäten seiner Umsetzung unbekannt, doch die Grundsätze der neuen Richtlinien sind seit jenem Freitag bekannt. Am Dienstag, den 22. Juni sprachen die elf Unterstützerorganisationen deswegen in einer gemeinsamen Erklärung von einem „beträchtlichen Fortschritt“. Auch wenn sie einige Vorbehalte anmeldeten.

Der offiziell genannte Grund für die „Ergänzung“ der ministeriellen Anordnung vom November 2009 ist, dass diese zu einer „uneinheitlichen Anwendung/Auslegung“ durch die jeweiligen Präfekturen geführt habe. Tatsächlich waren die örtlichen Praktiken mitunter von Willkür oder behördlichen Blockadehaltungen geprägt. Das „Rundschreiben“ vom November 09 sah insbesondere vor, dass jene Lohnabhängigen „ohne Papier“ ein Anrecht auf einen Aufenthaltstitel erhalten sollten, die folgende Kriterien erfüllten:

- mindestens fünf Jahre nachgewiesenen Aufenthalts auf französischem Boden,
- und mindestens ein Jahr nachgewiesener Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber.

Dieses Herangehen sollte dem ökonomischen Interesse französischer Arbeitgeber, die (für spezielle Tätigkeiten, besonders aufgrund der „angebotenen“ schlechten Arbeitsbedingungen) keine anderen als „ausländische“ Arbeitskräfte finden, Genüge tun. Zugleich sollte das Kriterium des nachgewiesenen, vergangenen Aufenthalts in Frankreich seit mindestens fünf Jahren jegliche „Sogwirkung“ für neue Zuwanderung – so die Vorstellung im Ministerium – unterbinden.

Doch blieben davon jene Lohnabhängigen, die nicht durch Lohnzettel eine lückenlose Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber seit mindestens einem Jahr nachweisen konnten, ausgeschlossen. Ebenso blieb die Situation jener Einwanderer, die entweder als Leiharbeiter(innen) oder aus anderen Gründen – etwa im Sektor der „personenbezogenen Dienstleistungen“, bei der Betreuung von Kindern mehrerer Familien oder als Putzfrau/Putzmann in mehreren Haushalten – bei verschiedenen Arbeitgebern (gleichzeitig oder nacheinander) beschäftigt waren, nahezu unlösbar.

Auf diese offenen Fragen soll der neue Text nun eine Antwort liefern und den aufgezeigten Problemen, begrenzte, Abhilfe verschaffen. So wird die Situation jener Lohnabhängigen, die mehrere Arbeitgeber haben (z. B. in mehreren Haushalten putzen, ihre Kinder betreuen...), Berücksichtigung finden: Es ist künftig allein erforderlich, durch das Zusammenzählen mehrerer Beschäftigungsverhältnisse insgesamt auf den gesetzlichen Mindestlohn SMIC – derzeit rund 1.050 Euro pro Monat – zu kommen. (Um zu verhindern, dass durch die „Legalisierung“ von Personen, die geringfügiger verdienen, Ansprüche auf Sozialhilfe entstehen zu lassen.)

Auch bspw. die Leiharbeit wird berücksichtigt. Erforderlich ist es künftig, um „legalisiert“ werden zu können, mindestens 12 Monate im Laufe der letzten 18 Kalendermonate einer nachgewiesenen Lohnarbeit nachgegangen zu sein (davon 6 Monate im Laufe der letzten 12 Kalendermonate). Und für Leiharbeiter/innen wird die Bemessungsfrist auf zwei Jahre angehoben – sie müssen mindestens 12 Monate während der letzten 24 Kalendermonate nachgewiesen beschäftigt gewesen sein.

Berücksichtigt werden ausschließlich die personenbezogenen Dossiers, die zwischen dem 1. Juli 2010 und dem 31. März 2011 bei den Präfekturen eingereicht werden. Am besten möglichst mit gewerkschaftlicher Unterstützung und/oder Bereitwilligkeit des Arbeitgebers, eine solche „Legalisierungs“bemühung „seiner“ abhängig Beschäftigten zu unterstützen. Alle Vierteljahre soll, vom Ministerium gemeinsam mit den beteiligten Gewerkschaften, eine Bilanz der Ausführung dieser Bestimmungen gezogen werden.

Immigrationsminister Eric Besson hat öffentlich angegeben, er rechne mit circa 6.000 Legalisierungs-Anträgen, denen stattgegeben werde (eine Zahl der voraussichtlichen Ablehnungen nannte er nicht). Gewerkschaftliche Quellen vermuten, dass wohl mindestens 70 % – möglicherweise sind es aber auch erheblich mehr – der bislang Streikenden diese Anforderungen erfüllen können. Umstritten ist unterdessen noch, ob in das künftige Ergänzungs-Rundschreiben aus dem Ministerium auch (wie anscheinend geplant) das Kriterium der fünf Jahre nachgewiesenen Aufenthalts in Frankreich zusätzlich aufgenommen wird. Die elf Unterstützerorganisationen verwahrten sich auf der Pressekonferenz gegen eine solche zusätzliche Erschwernis.

Es gibt aber auf jeden Fall eine Kehrseite der Medaille: Während das Ministerium auf dieser Seite teilweise nachgibt und einigen Ballast abwirft, bereitet es bereits die nächste Runde einer erheblichen Verschärfung der Ausländergesetze vor. Dazu liegt ein Entwurf aus dem Hause Besson vom 30. März vor, der voraussichtlich ab circa 20. September in die parlamentarischen Beratungen kommt. Er enthält u.a. die Umsetzung von drei EU-Richtlinien (darunter die berüchtigte Abschiebe-Richtlinie von 2008) in französisches Recht, geht aber an einigen Punkten erheblich darüber hinaus. Gegenstand des Entwurfs sind u.a. die Verlängerung der Abschiebehaftdauer, die Verschiebung der Einschaltung eines Haftprüfungsrichters für Abschiebekandidaten – bisher nach maximal 48 Stunden, künftig demnach nach fünf Tagen, während derer ein Abschiebeversuch unternommen werden kann – und die Einführung eines fünfjährigen Einreise- und Aufenthaltsverbots in der gesamten EU für einmal Abgeschobene.

Bernhard Schmid, Paris ■

Hendrik Cremer, Wissenschaftlicher Referent am Institut, hob die Bedeutung eines erweiterten Rassismusbegriffs hervor. Damit würde der Blick eröffnet, dass sich Rassismus nicht nur im rechtsextremen Lager und durch Gewalt manifestiert. „Rassismus gibt es auch in der Mitte der Gesellschaft." Rassismus zeichne sich dadurch aus, dass Menschen pauschal bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Häufig gingen damit Abwertungen einher. Auch Formen direkter, struktureller und indirekter Diskriminierung in Bildung, Beruf und auf dem Wohnungsmarkt könnten dann in Deutschland die nötige Aufmerksamkeit erhalten.

Der UN-Bericht hebt hervor, dass Angehörige von Minderheiten in Deutschland im Alltag in vielen Lebensbereichen rassistische Diskriminierung erfahren. Daher verlangten Anstrengungen gegen Rassismus in Deutschland umfassende Strategien. Dabei sei es notwendig, die Situation von Angehörigen bestimmter Minderheiten differenziert zu betrachten, etwa die spezifische Situation von Juden, Roma, Sinti, Menschen arabischer Herkunft, Muslimen und sichtbaren Minderheiten wie Schwarzen Menschen im Hinblick auf rassistische Gewalt, Hassreden im Internet und Diskriminierungen im Alltag zu berücksichtigen.

Außerdem enthält der Bericht Empfehlungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Asylbewerbern, zur Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie zu positiven Maßnahmen für eine angemessene Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in staatlichen Institutionen.

Der Bericht des UN-Sonderberichterstatters, Herr Githu Muigai, basiert auf einem Deutschlandbesuch im Juni 2009, zu dem ihn die Bundesregierung eingeladen hatte. Dabei hatte der Sonderberichterstatter zahlreiche Treffen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesregierung, von Landesregierungen und Kommunen, des Parlaments und nicht-staatlicher Organisationen.

Quelle: Pressemitteilung: Deutsches Institut für Menschenrechte 16.06.2010 ■

Für eine radikale Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik

„Europa muss seine flüchtlingspolitische Verantwortung wahrnehmen", fordert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, anlässlich des internationalen „Tags des Flüchtlings" am 20. Juni. Jelpke weiter:

„Deutschland ist eine treibende Kraft beim Versuch der Europäischen Union, Flüchtlinge außen vor zu halten. Während Repräsentanten der EU das große Wort vom ‚Europa des Asyls' im Munde führen, sterben an den Außengrenzen der Union jährlich Tausende bei dem Versuch, politischer Verfolgung, Krieg und Bürgerkriegen zu entkommen. Die Abschottungstätigkeit der sogenannten EU-Grenzschutzagentur Frontex zwingt Flüchtlinge zu weiten und gefährlichen Umwegen.

Europa schiebt die Verantwortung für die Flüchtlinge an Staaten jenseits seiner Außengrenzen ab. Mit Ländern wie der Türkei oder Libyen werden Kooperationsabkommen zur Abwehr illegalisierter Migranten geschlossen. Flüchtlinge erhalten dort keinen Schutz, sondern werden eingesperrt wie Kriminelle und abgeschoben. Libyen hat erst vor wenigen Tagen die Vertretung des UN-Flüchtlingskommissars geschlossen. Die Fördermittel der EU, die beide Staaten erhalten, dienen in erster Linie nicht dem Aufbau eines funktionierenden Asylsystems, sondern dem Ausbau ihrer Grenzsicherung.

Mit dieser Politik muss Schluss sein. DIE LINKE setzt sich für eine radikale Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik in Deutschland und der EU ein. Dazu gehören der uneingeschränkte Schutz für Flüchtlinge und ein humanitäres Bleiberecht. Menschen in Not aufzunehmen, ist ein Gebot der Menschlichkeit."

Ulla Jelpke, MdB. Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Abschiebungen in den Kosovo gehen weiter

„Abschiebungen in den Kosovo werden bedenkenlos fortgesetzt. Auch Familien, Alte und Kranke bleiben von der Abschiebemaschinerie nicht verschont," fasst Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zusammen. Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärt weiter: „In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden 213 Menschen von den Flughäfen Karlsruhe/Baden-Baden und Düsseldorf abgeschoben. Von den Ausländerbehörden im gleichen Zeitraum wurden 918 Abschiebungsaufträge an die Koordinierungsstellen in Karlsruhe und Bielefeld gegeben. Zwei Drittel der Betroffenen gehören den Roma oder anderen Minderheiten im Kosovo an, die dort mit ökonomischem Elend und rassistischer Diskriminierung durch Behörden und große Teile der Mehrheitsbevölkerung konfrontiert sind. Vor allem Kinder leiden unter ihrer Abschiebung, weil sie eine in Deutschland begonnene Schuldbildung im Kosovo nicht fortsetzen können.

DIE LINKE hält vor diesem Hintergrund an ihrer Forderung fest, insbesondere den Roma aus dem Kosovo Bleiberecht zu gewähren (BT-Drs. 17/784). Der Innenausschuss des Bundestages wird zu diesem Antrag am kommenden Montag eine Anhörung durchführen."

Die komplette Antwort der Bundesregierung kann auf meiner homepage heruntergeladen werden: www.ulla-jelpke.de

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Wohnungen für Flüchtlinge

GIFHORN. Flüchtlinge aus dem Landkreis Gifhorn (Niedersachsen), die dort in dem Ort Meinersen in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, rufen für den 3. Juli, 12.00 Uhr zu einer Demonstration für eine menschenwürdige Unterbringung auf. „Wohnungen für Flüchtlinge – Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Meinersen" lautet das Motto der Demo, die der Flüchtlingsrat Niedersachsen angemeldet hat und unterstützt. Es geht allerdings noch um weit mehr:

Die Flüchtlinge unterliegen Sondergesetzen, die ihnen das Leben Tag für Tag schwer machen. Nicht nur, dass sie in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften oder Lagern isoliert und auf engem Raum, fremdbestimmt leben, sie unterliegen auch noch dem Asylbewerberleistungsgesetz und erhalten oftmals nur Gutscheine und einen geringen Barbetrag (der manchmal gestrichen wird).

Hinzu kommt, dass sie häufig keine Arbeitserlaubnis erhalten oder nur unter sehr eingeschränkten Möglichkeiten arbeiten dürfen. Sie unterliegen der sog. Residenzpflicht, die ihnen auferlegt, im Bereich der zuständigen Ausländerbehörde zu wohnen und es ihnen verbietet, das Bundesland oder in manchen Fällen auch nur die Kommune ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde zu verlassen.

Viele der Flüchtlinge leben seit etlichen Jahre nur mit einer Duldung ohne eine richtige Aufenthaltserlaubnis unter diesen Sondergesetzen. Sie sind ohne finanzielle Mittel und in isolierten Unterkünften weitgehend von der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Perspektivlosigkeit und die bedrückenden Lebensverhältnisse machen die Flüchtlinge krank.

Die BewohnerInnen der Gemeinschafsunterkunft Meinersen haben ihre Situation satt und rufen daher zum Protest auf. Sie müssen die Möglichkeit haben, in Wohnungen zu leben, brauchen die gleichen Sozialleistungen wie alle anderen in diesem Land auch und benötigen Aufenthaltsperspektiven!

Die rassistischen Sondergesetze müssen weg! Bleiberecht für alle geduldeten Flüchtlinge!

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Partizipation statt Ausgrenzung

Ein umfassender Antrag zum Thema Integration, der auf dem DGB Kongress vom 16. bis 20. Mai in Berlin verabschiedet wurde, war vom DGB Bundesvorstand eingebracht worden, Titel: „Partizipation statt Ausgrenzung – für ein neues Integrationsverständnis."

Darin werden die unterschiedlichen Themenfelder im Bereich Integration angesprochen und Forderungen des DGB formuliert. Gemeinsam ist dabei der Ansatz auf Nachhaltigkeit der Strategien und Maßnahmen Wert zu legen. Generell gilt: „Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Dabei muss auch die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit einbezogen werden."

Ein konkretes Themenfeld ist der Nationale Integrationsplan (NIP), mit dem aus Sicht der Gewerkschaften eine Neuausrichtung der Integrationspolitik verbunden ist. Allerdings sind wichtige Themenfelder ausgeblendet und das, was beschlossen wurde, wird nur zögerlich umgesetzt. Überfällig ist zum Beispiel die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst.

Bei einem anderen Thema – dem Aufenthaltsrecht – sieht der DGB nach wie vor strukturelle Hemmnisse für Integration. Deshalb fordert der DGB „die Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung beim Zugang zu sozialen Leistungen, einschließlich des Rechts auf vorschulische Bildung sowie zu SGB II geförderter beruflicher Qualifizierung" und „gleichrangiger Zugang zu beruflicher Ausbildung und Beschäftigung für alle rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen nach einem Jahr Aufenthalt".

Strukturelle Maßnahmen sind aus Sicht des DGB auch bei der schulischen Bildung nötig, und zwar im Sinne einer Strategie der interkulturellen Öffnung des Bildungssystems. Ähnliches gilt auch für die Integrationskurse, wo eine bessere finanzielle Ausstattung nötig ist und eine stärkere Einbeziehung betrieblicher Weiterbildungseinrichtungen als Träger von Integrationskursen.

Beim Thema Partizipation thematisiert der Beschluss auch die Frage der Einbürgerung. Dabei widerspricht der DGB „der Auffassung, die die Einbürgerung als Endpunkt einer gelungenen Integration betrachtet und mit der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit die Aufgabe kultureller und sprachlicher Wurzeln verbindet".

Die Tatsache zurückgehender Zahlen bei den Einbürgerungen wird auf die gewachsenen Hürden durch das so genannte EU-Richtlinienumsetzungsgesetz und den Optionszwang zurückgeführt. Daran knüpfen Forderungen an: „die Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht, die generelle Hinnahme der Mehrfachstaatsangehörigkeit, nicht nur als Ausnahmetatbestand für Staatsangehörige der EU-Staaten und der Schweiz, die Abschaffung der Einbürgerungstests und den Ausbau des Angebots an Einbürgerungskursen und -beratung". Unabhängig davon wird im Antrag zumindest das kommunale Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige gefordert.

Als Grundlage für Integration wird ein Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung thematisiert. Dabei bewertet der DGB das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als einen wichtigen Baustein für einen umfassenden Diskriminierungsschutz. Die Wirtschaft und die öffentlichen Verwaltungen sollten sich stärker für den Schutz vor Diskriminierung engagieren.

In einem letzten Punkt des Beschlusses wird auf die Veränderungen des Charakters von Zuwanderung verwiesen, die sich etwa in einer Zunahme temporärer Zuwanderung und längerfristiger Entsendung niederschlägt. Ein Problem ist zum Beispiel die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten für Beschäftigte mit temporärem Aufenthalt oder entsandte Beschäftigte. Dies schlägt sich vor allem in der Durchsetzung von Lohnansprüchen nieder. Hier wird eine Generalunternehmerhaftung über die Bauwirtschaft hinaus vorgeschlagen.

Generell sieht der DGB auf diesem Gebiet, das künftig die Zuwanderung nach Deutschland prägen wird, noch viele zu klärende Fragen. Grundlegend ist eine Verbesserung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für temporär in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Beschluss „Partizipation statt Ausgrenzung – für ein neues Integrationsverständnis" steht im Internet unter:

www.migration-online.de.

Quelle: www.migration-online.de ■

www.arbeiterfotografie.com

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Wenn der Weiße in der Minderheit ist ...

Junge Freiheit Nr. 23/10 vom 4. Juni 2010

… Muss er in ein Homeland gesperrt werden. Die Fußballweltmeisterschaft ist für das Blatt Anlass zu einem üblen Hetzartikel gegen Südafrika. Die Abschaffung der Apartheid und die Wahl des ANC zur stärksten Parlamentspartei habe das Land an den Rand des Ruins geführt. Das Blatt behauptet: „Wenn Südafrika noch zu retten sein soll, ist eine Voraussetzung die Abkehr von multikulturellen Illusionen. Mit bloßem ‚One man, one vote' lässt sich ein multiethnisches Staatswesen nicht regieren, ohne dass strukturelle ethnische Mehrheiten die Minderheiten übervorteilen. Ein Vielvölkerstaat kommt nicht ohne extreme Föderalisierung und institutionelle Mechanismen zum Minderheitenschutz aus. Das immerhin lässt sich aus dem Scheitern der Utopie der Regenbogennation lernen: Multikulturelle Gesellschaften, die Differenzen ignorieren, funktionieren nicht. Nirgends. Südafrikas Absturz ist somit auch ein Menetekel für die Zukunft Europas." Mit den Homelands hatten die weißen Apartheid-Herscher in Südafrika versucht, die afrikanische Bevölkerung in die unfruchtbare Regionen abzudrängen. Außer wenigen verbliebenen Apartheid-Anhängern will niemand in diese Zeit zurück. „Föderalisierung" kann in diesem Zusammenhang nur bedeuten, den Weißen ihr eigenes Land im Land zuzuweisen. Hinter dem „Multiethnizismus" verbirgt sich blanker Rassismus, der die weiße Vorherrschaft wieder herstellen soll.

Der Fußball als Nationenbildner

Junge Freiheit Nr. 24/10 vom 11. Juni 2010

Unter dem Titel „Singt, wenn ihr Deutsche seid" verlangt Chefredakteur Dieter Stein, dass die Nationalmannschaft mitsingen muss: „Der Fußball schafft es mit Leichtigkeit, eine wachsende Zahl von Deutschen mit ‚Migrationshintergrund' symbolisch einzugemeinden. Die schwarzrotgoldene Feier wird zum Initiationsritus. Da empört es mit Recht viele Deutsche, dass ausgerechnet unter den Spielern der Fußballnationalelf ‚Neudeutsche' ein schlechtes Beispiel geben und sich weigern, bei Länderspielen die Nationalhymne mitzusingen. Es ist wiederum typisch deutsch, wenn Bundestrainer Jogi Löw … seine Spieler ‚wegen ihrer Herkunft' nicht zum Singen des Deutschlandliedes ‚zwingen' will. Falsch! Vielmehr ist es eine außergewöhnliche Ehre, deutscher Nationalspieler zu sein und die Hymne singen zu dürfen. Doch Löw ist mit seinem Laissez-faire in diesem Fall nur Spiegelbild einer Gesellschaft, die es auch ansonsten für verzichtbar hält, mit nationalen Symbolen die Einheit der Nation zu demonstrieren. Dass Journalisten die Schlesier Podolski und Klose als ‚Polen' ausgemeinden, ist ein zusätzliches Ärgernis und zeigt, dass die Desintegration schon unter den Deutschen beginnt." Die Polen, die Türken, die Afrikaner … fast alle Fußballmannschaften sind inzwischen international besetzt. Die Spieler engagieren sich weltweit, wenn sie sich einbürgern, um auch in den jeweiligen Nationalmannschaften mitspielen zu können, ist das ihre Entscheidung und zudem ein deutlicher Beweis dafür, dass multikulturelle Gemeinschaften höchst erfolgreich sein können. Dieser Erkenntnis kann sich das Blatt nur versperren und fischt stattdessen in trübem Nationalismus. Podolski und Klose sind lange nach dem Ende des zweiten Weltkriegs geboren – und da war Schlesien längst polnisch. Sie heute als „Schlesier" zu bezeichnen, zeugt von ausgeprägtem Revanchismus.

Zurück zur D-Mark – aber wie?

Junge Freiheit Nr. 25/10 vom 18. Juni 2010

Raus aus dem Euro – dieses Credo stimmt das Blatt angesichts der Finanzkrise erneut an: „Alternativen gibt es genug. Deutschland könnte den Euro retten, indem es selbst die Währungsunion verlässt und zur D-Mark zurückkehrt … Leider ist die Chance für eine wie immer geartete Neuordnung des europäischen Währungssystems auf absehbare Zeit äußerst gering. Die politische Klasse hat schon zuviel in das Projekt investiert … Schließlich steht nicht nur der Euro auf dem Spiel, sondern die gesamte ihm zugrunde liegende Ideologie … der Euro steckt im Kern der EU, und die EU wiederum ist nur Ausfluss einer überwölbenden Europa-Ideologie, des Europäismus. Und beide, Euro und EU unterliegen den Bedingungen eines Weltfinanzsystems, das auf der Leitwährung Dollar und der nicht zuletzt militärischen US-Hegemonie basiert. Sich diesen Verstrickungen zu entziehen, überfordert die Kraft deutscher Politiker. Sie ziehen den gemeinsamen Untergang allemal einem deutschen Sonderweg vor." Manchmal hilft ein Blick ins Geschichtsbuch. Wer den Weg von der Montanunion über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Europäischen Union für schlicht ideologiegetrieben betrachtet, übersieht zumindest, dass das Kapital durchaus baren Vorteil aus dieser Entwicklung gezogen hat. Wer auf einen „deutschen Sonderweg" hofft, leugnet die Ergebnisse der deutschen Sonderwege im letzten Jahrhundert – die führten zum Untergang. Ohne Europäische Union ist kein Frieden in Europa zu sichern.

Und mal wieder Hoffnung auf Nationalismus

Junge Freiheit Nr. 26/10 vom 25. Juni 2010

Nachdem das Blatt vor zwei Wochen das Nichtsingen der Nationalhymne angekreidet hat, kann es sich jetzt freuen: Wieder viele schwarzrotgoldene Fahnen zu sehen: Dass patriotische Gefühle ohne Schuldreflex und schlechtes Gewissen sich bislang nur im Rahmen von Sport- und Unterhaltungswettbewerben regen, ist im übrigen weniger dem unpolitischen Volk vorzuwerfen als seinen verklemmten politischen und medialen Eliten … Weil das so ist, und weil man in Deutschland nationale Feiertage von offizieller Seite entweder als sterilen Gedenkakt in geschlossener Gesellschaft oder als harmloses Bier- und Würstchenfest zu begehen pflegt, bleibt die Befriedigung der Sehnsucht nach dem Wir-Erlebnis, das sich positiv mit dem Empfinden der Zugehörigkeit zur eigenen Nation verbindet, vorerst noch auf das unpolitische Feld von Sport und Unterhaltung beschränkt." Man kann nur hoffen, dass sie dort auch stecken bleiben und die Bundesrepublik von neuerlichen Versuchen, die angebliche Nation für zweifelhafte Interessen in Bewegung zu setzen, verschont bleibt. *uld* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507